

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis pränumerando  
 Vierteljahr 3.50 RM., monatl. 1.30 RM.,  
 wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-  
 abonnement: 1.30 RM. pro Monat.  
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich - Ungarn  
 250 Mark, für das übrige Ausland  
 4 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nebsten an Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsstelligen Nummern-  
 zeile oder deren Raum 60 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte  
 Wort 20 Pf. (zweiwöchentlich festgedruckte  
 Worte), jedes weiterer Wort 10 Pf.  
 Stellenangebote und Schiffsvermietungs-  
 anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes  
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 25. August 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

## Die dänische Krise.

Die dänische Krise ist durch die Unterhandlungen des Ministerpräsidenten Zahle mit den Führern der anderen Parteien nicht gelöst worden, und es ist wahrscheinlich, daß nunmehr Neuwahlen stattfinden, in denen das Volk selbst über die Frage des Verkaufs von Dänisch-Westindien an die Vereinigten Staaten von Amerika entscheiden muß. Die Mehrheit des Landstings war gegen den von der dänischen Regierung empfohlenen Verkauf. Im kritischen Stadium griff der König von Dänemark ein und ersuchte die Regierung, mit den Parteien auf folgender Grundlage zu verhandeln: 1. Zustimmung zu dem Verkaufsvertrag, 2. Verschiebung der Reichstagswahlen, 3. Bildung eines Koalitionsministeriums. Der Ministerpräsident Zahle erklärte sich zu solchen Verhandlungen bereit und leitete sie auch ein; es erwies sich jedoch als unmöglich, zu einer Einigung auch nur über die Zusammenfassung eines Koalitionsministeriums zu gelangen.

Als der Gedanke an eine Koalitionsregierung zuerst auftauchte, wandte sich sowohl die sozialdemokratische wie die demokratische Presse Dänemarks entschieden dagegen; sie erkannte jedoch an, daß Neuwahlen während des Krieges immer bedenklich sind. Die Parteien der Rechten stehen der ganzen Angelegenheit nicht einheitlich gegenüber. „Verlingske Tidende“ und „Nationaltidende“ verlangten, daß die drei besten Kräfte des Ministeriums: Minister des Auswärtigen Scavenius, Finanzminister Brandes und Verteidigungsminister Munck geopfert werden sollten und die Inselfrage von der Tagesordnung abgesetzt werde. Das war natürlich ausgeschlossen, denn gerade über die Inselfrage sollte sich ja ein Koalitionskabinet einigen. — Die Partei Christensens steht ebenfalls nicht geschlossen, auch sie ist in zwei Lager gespalten, von denen eins den Verkauf der Inseln gutheißt, während das andere ihn beurteilt. Kurz und gut, die Lage in Dänemark ist augenblicklich außerordentlich verworren, und es sieht nicht so aus, als ob sie sich ohne Ausschreibung von Neuwahlen klären würde.

Zahle hatte darauf hingewiesen, daß die Verschiebung des Inselverkaufs ernste Gefahren für das Land bedeuten würde; und in der Tat wäre es möglich, daß nicht jetzt, aber in absehbarer Zeit Dänemark in einen äußerst schweren Konflikt hineingezogen würde. Vor kurzem hat der amerikanische Admiral C. F. Goodrich in der „New York Times“ die Gründe bekanntgegeben, die die Vereinigten Staaten veranlassen, so energisch auf den Verkauf der Inseln zu dringen. Es hieß da u. a.:

„Welche amerikanischen Interessen würden bedroht sein, falls Dänisch-Westindien in den Besitz einer feindlichen Macht gelangen würde? Versuchen wir es einmal, diese Frage richtig zu beantworten! Von den dänisch-westindischen Inseln bis zu unserem nächsten großen Hafen am Atlantischen Ozean, Charleston, beträgt die Entfernung 1200 englische Meilen, bis Norfolk etwa 1300 Meilen. Diese Entfernungen würde eine Kampfflotte mit Leichtigkeit in drei — vier Tagen zurücklegen können. Ueberdies müßten wir auf Streifzüge feindlicher Kriegsschiffe gefaßt sein, welche unsere Handelsverbindungen mit dem Auslande, selbst von so fernem Hafenstädten wie New York, Portland und Boston beeinträchtigen oder vollständig lahmlegen könnten. In der anderen Richtung liegt Colon am Einlauf des Panamakanals, etwas über 1000 Meilen von St. Thomas. Es ist alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß ein feindlicher Angriff gegen Colon, welches den Kanalweg nach dem Stillen Meere beherrscht, gerichtet werden würde.“

Der Hafen von St. Thomas eignet sich dazu, als spezialmilitärische Basis zu dienen. Zwar ist der Hafen nicht sehr geräumig; wenn aber die Verhältnisse klug und tüchtig ausgenutzt werden, wird der Hafen doch so eingerichtet werden können, daß er Platz für eine Flotte abgeben könnte, die groß genug wäre, um uns Sorgen einzusparfen. Da der Hafen sich in das Land hinein erstreckt, und das dahinter liegende Territorium gebirgig ist, wird er ohne Schwierigkeiten stark besetzt werden können. Die Wichtigkeit einer derartigen Basis für Operationen gegen uns ist offenbar. Wir dürfen deshalb keine Anstrengung vermeiden, um vorzubeugen, daß die dänisch-westindischen Inseln in feindliche Hände fallen.“

Die Sorge vor einer Besetzung der Inseln durch Japan hat neue Nahrung erhalten durch den russisch-japanischen Vertrag, durch den sich Japan in Asien gesichert hat. Der europäische Krieg zieht also immer weitere Kreise, und es braucht vielleicht nur ein Funken hinüberzuspringen, so steht auch Amerika in Flammen, und es entsteht ein Weltbrand, in dem kein einziger Staat verschont bleibt. Zweifelloser denkt das dänische Ministerium Zahle, daß es für Dänemark leichter sein wird, die Neutralität zu bewahren, wenn es seinen westindischen Besitz verkauft, als wenn eine der Mächte, sei es nun Japan oder die Vereinigten Staaten, ihr kurzerhand befehligt. Und daß man sich um das Einspruchsrecht Dänemarks kümmern wird, wenn es erst einmal so weit ist, das wird wohl niemand annehmen, der in diesem Krieg erlebt hat, wie die kleinen Staaten sich vor den großen beugen müssen und wie wenig Federlesens man mit dem Recht der Neutralen macht. So wie sich die Dinge von der Ferne beurteilen lassen, scheint es vor allem der Wunsch zu sein, dem Lande kriegerische Verwicklungen zu ersparen, der die Politik des demokratischen Ministeriums Zahle bestimmt.

Kopenhagen, 24. August. (B. L. V.) Meldung des Rigauschen Bureaus. Das als Ausschuss zusammengetretene Landsting hat mit 30 Stimmen den Verkauf der dänischen In-

seln übereinstimmend mit der von Christensen im Folkething eingebrachten Tagesordnung abgelehnt. Im Folkething war diese Tagesordnung abgelehnt worden. Sieben Mitglieder stimmten für den Verkauf, drei enthielten sich der Abstimmung, 13 waren abwesend. Am Freitag dieser Woche hält das Landsting eine öffentliche Sitzung ab.

## Ein Brief Brantings an die „Humanité“.

Die „Humanité“ bringt folgenden Brief Brantings, der sie verspätet erreicht hat, in ihrer Nummer vom 17. August zum Abdruck:

Lieber Genosse Renaudel!

Auf dem Wege zur Konferenz der neutralen Sozialisten im Haag, lese ich hier in London in der „Humanité“ vom 26. Juli den Bericht Ihres Schweizer Korrespondenten über den Besuch gewisser ständnablicher Genossen, von denen die meisten eine bedeutende Stellung in unseren Gewerkschaften haben, in Berlin.

Nichts ist berechtigter, als auch während dieses schrecklichen Krieges Beziehungen der Arbeiterolidarität zwischen den Gewerkschaften der kriegsführenden Länder beider Seiten und denen der neutralen Länder aufrechtzuerhalten. Und ich darf hinzufügen, daß nach dem Besuch mehrerer unserer sozialistischen Genossen des Nordens, darunter ich selbst, in Frankreich und England während des vergangenen Jahres, einem Besuch, während dessen wir, ohne jemals die Neutralität zu verlassen, die uns durch die Situation unserer Länder auferlegt war, nicht im geringsten unsere persönlichen Ansichten verborgen haben, es tatsächlich wenig loyal wäre, von unserer Seite eine vorläufige Kritik der Tatsache zu üben, daß gewisse unserer Freunde geklopft haben, ein von den Männern der deutschen Generalkommission der Gewerkschaften kommendes Anerbieten nicht abzulehnen zu sollen, ihre Arbeit gegen die Kriegsschäden zu beschleunigen und vielleicht selbst an irgend eine Front zu ziehen — man hatte von Polen gesprochen — um dort die deutsche Organisation in der Nähe zu sehen.

Deshalb haben wir geglaubt, im Stockholmer „Sozialdemokraten“, als wir die Nachricht von dieser Reise gaben, nur die Gewisheit ausdrücken zu sollen, daß unsere schwedischen Genossen, wenn sie nach Deutschland gingen, sich einer ebenso loyalen und gerechten Neutralität befleißigten, die die schwedischen Sozialisten zu üben verflucht hätten, als sie im vergangenen Jahre die Alliierten besuchten.

Ich höre jetzt, daß der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie es für richtig gehalten hat, den Reisenden gegenüber seine Ansichten über die Situation der Partei auseinanderzusetzen und die Politik der Majorität zu verteidigen. Das war sein unbestreitbares Recht, scheint mir. Ich habe selbst, als ich im Sommer 1915 nach Schweden zurückkehrte, die Gelegenheit einer Aussprache mit dem Parteivorstand über die gleichen Angelegenheiten gehabt. Aber vielleicht ist es nicht unmöglich zu bemerken, — damit die französischen Genossen keine inkorrekten Schlüsse aus der Zustimmung ziehen, die unser Genosse Olsen im Namen der dänischen Genossen zu den Ansichten der deutschen Majorität ausgesprochen zu haben scheint —, daß der Gedankenaustausch, dem ich beigewohnt habe, im Gegenteil durch die Konstatierung eines unerschütterlichen Bogenbogens beendet wurde zwischen der Auffassung der Majorität und derjenigen, deren Vertreter bei dieser Gelegenheit zu sein ich die Ehre hatte — und die übrigens lebhaft von dem Genossen Haase und der Genossin Fieg unterstützt wurde. Und ich weiß wohl, daß die Meinung, die ich damals verteidigt habe, jetzt von der großen Mehrheit der schwedischen sozialistischen Partei geteilt wird.

Ihr aufrichtiger  
Djalmar Branting.

## Die französische Minderheit über die Tagung des Nationalrats.

Die Kritik der französischen bürgerlichen Presse an den Ergebnissen und Debatten des Nationalrats der französischen Sozialdemokratie hat zum Teil auch in den deutschen bürgerlichen Blättern Aufnahme gefunden. Wir sind nun in der Lage, auch die Meinung der französischen Parteiminderheit über die Tagung widerzugeben. Sie ist der Ansicht, daß die allgemeinen politischen Verhältnisse der Minderheit nichts weniger als günstig waren. Die Offensiven an allen Fronten haben den optimistischen Hoffnungen und den „Durchhalten“ neue Kraft gegeben. Diejenigen Anhänger der Majorität, die bereits begonnen hatten, nachzudenken, liegen sich von neuem durch die Schmach vom Neuzozialismus des Krieges einfließen.

Trotzdem war die Minderheit nie so zahlreich und geschlossen als auf dem letzten Nationalrat. Das fühlte die Mehrheit, und es irritierte sie. Sie hatte gesehen, wie die Minderheit im Seine-departement Fortschritte machte, wie die Föderation Aubus, die auf dem Osterkongreß noch mit der Mehrheit stimmte, der Linken zufiel, wie Sadne-et-Vaire, Corrèze, Landes, Lozère zur Minderheit übergingen. Es wäre nicht mehr wie recht und billig gewesen, daß im Norden ein Teil der Delegationen der Minderheit übertragen worden wäre. Jedoch die Mandate wurden wieder fast allen sicheren Anhängern der Mehrheit überwiesen, so daß diese 480 Mandate, die Minderheit nur zwei erhielt. Ebenso ging es im Pas de Calais. In anderen Föderationen, in denen starke Minoritätsgruppen existierten, erhielten sie zu schwache oder überhaupt keine Delegationen. So in Gard und Girone, in Tarn, Pyrénées-Orientales, Aveyron, Somme, Seine-et-Oise. Aus dem schnellen Anwachsen der Minderheit, das die Parteileitung mit Sorge betrachtete, erklärt sich das Bestreben der Mehrheit, sie zu spalten. Das ist ihr nicht gelungen. Zieht man nun die mehr oder minder stillen Stimmen ab, so stehen sich Mehrheit und Minderheit in Frankreich im Verhältnis von 1.200 zu 1.100 gegenüber! Man versteht, daß die Minderheit nicht gewillt ist, den Kampf aufzugeben. Die Probleme, die sich dem Nationalrat und der Partei darbieten, sind nicht gelöst worden. Sie werden auf dem nächsten Kongreß von neuem aufstehen, und es wird sich zeigen müssen, ob die Minderheit weiter anwächst und die Macht erringt, sich durchzusetzen.

Longuet spricht in seinem Artikel im „Populaire“, dem wir alle diese Angaben entnehmen, von den traurigen rednerischen Demonstrationen Renaudels und fragt sich, ob das der gleiche Renaudel sei, mit dem er sich zu Beginn des Krieges in vollem Ein-

verständnis befunden habe. Renaudel habe ihn im Oktober, November und Dezember 1914 aufgefordert, ihn in seinen Bemühungen zu unterstützen, den vagen Chauvinismus zu bekämpfen, der sich bei E. Vaillant, Compère-Morel, Dubrenil damals zeigte. Er fragt weiter: Bin ich tatsächlich mit Renaudel während des Sommers 1915 in Bern gewesen?

Und den Genossen Sembat erinnert Longuet daran, daß er sich dem „Tempo“ gleichstelle, wenn er der Minderheit den Vorwurf der größeren Duldsamkeit gegen die Deutschen als gegen die Franzosen mache.

In dem Versamlungsbericht, der sich dem Artikel Longuets anschließt, finden sich noch einige Angaben, die Rückschlüsse auf den Bericht der „Humanité“ ausfallen können. Wir hören, daß Cachin die Kientaler angriff und behauptete, sie seien für einen bedingungslosen Frieden eingetreten. So stehe es im Text der Kientaler Erklärung. Brizon beweist mit dem Text in den Händen, daß es sich um einen Frieden ohne Annexionen und nicht um einen bedingungslosen Frieden handele. Renaudel kommt Cachin zu Hilfe; es scheint, daß Brizon einen verstimmlen Text des in der Schweiz redigierten Manifestes gegeben hat. Brizon rethorisiert diese zweite — Ungenauigkeit. Cachin und Renaudel widerrufen. Die Gerechtigkeit ist hergestellt!

„Populaire“ spricht auch im Gegensatz zur „Humanité“ vom 21. März der Minderheit: Wir geben nicht (den Weg, den Renaudel für die Abstimmungsmethode gewählt hatte). Wir stimmen über das Ganze ab. Und wir verlassen den Saal indem wir die „Internationale“ singen.“

## Lord Cecil über Kriegsfragen.

London, 23. August. (B. L. V.) Unterhaus. In seinen Ausführungen über die auswärtige Politik sagte Lord Cecil: Ich kann unbedingt erklären, daß Eröffnungen über den Frieden der englischen Regierung nicht gemacht worden sind. Es gibt nur einen einzigen Weg, auf welchem Friedensverhandlungen gemacht werden können. Dies ist durch eine Mitteilung seitens einer feindlichen Regierung an unsere Regierung. Wenn irgend eine solche Mitteilung stattfände, würden wir, denke ich, zuerst mit unseren Alliierten beraten, und es hat keine solche Eröffnung in irgend einer Form stattgefunden. Wenn es geschieht, so wird es, wie ich gesagt habe, unsere Pflicht sein, mit den Alliierten darüber zu Rate zu gehen. Ich halte es nicht für wünschenswert, sich mit dieser Frage irgendwie weiter zu befassen.

Was die Lage auf dem Balkan betrifft, so glaube ich, daß gegenwärtig in dieser Beziehung die militärischen Operationen, die in Salonik begonnen haben, von wesentlichem Interesse sind, und über diese irgend etwas diesem Hause zu sagen, würde, das ist ganz klar, für mich durchaus unangebracht sein. Was unsere Haltung gegenüber der griechischen Regierung betrifft, so hat das Haus davon Kenntnis, daß vor kurzem für und unbedingt notwendig wurde, an die griechische Regierung bestimmte Forderungen zu stellen. Sie wurden gestellt im Einvernehmen mit unseren Alliierten und wurden angenommen, wie das Haus weiß. Die Regierung von Skudis wurde entlassen und eine neue Regierung wurde zur Macht berufen unter dem Vorhitz von Zaimis, der ein allgemein geachteter Mann in Griechenland ist und der nicht, wie sonst dort üblich, an der Parteipolitik beteiligt ist. Er ist ein Mann, der große Achtung genießt und großen Einfluß hat, und unsere Beziehungen mit seiner Regierung sind, soviel ich weiß, zu einem durchaus befriedigenden Schluß gekommen.

Im weiteren führte Lord Cecil aus: Die Politik der schwarzen Liste war einfach die, daß unser Land es für vernünftig hielt, daß sein Eigentum, sein Kredit und seine Schifffahrt nicht zur Verfügung seiner Feinde gestellt werden sollten und daß seine Untertanen und Bürger dazu angehalten werden sollten, nicht mit gewissen Personen Handel zu treiben, wenn sie durch solche Handlungswiese die Feinde unseres Landes unterstützen und die Macht des Feindes erhöhen, daß ihre Soldaten unsere eigenen Soldaten töten. Er glaube nicht, daß irgendein Land einschüchtlend der Vereinigten Staaten unter ähnlichen Umständen zögern würde, dieselbe Politik zu befolgen, und er sei überzeugt, daß, wenn sie verhandelt würde, der Zabel daran als auf falscher Auffassung beruhend und als unweientlich erkannt werden würde, und daß die Kritiker einsehen würden, daß die Regierung bei dem, was sie tat, lediglich die Pflicht von Ministern eines Landes erfüllte, das in einem großen Kriege verwickelt sei.

Lord Cecil sagte über den niederländischen Ueberseetrust, es besähe aller Grund zu der Annahme, daß er im ganzen genommen gut arbeite. Einiges Durchsichtern könne nicht vermieden werden. Es sei da eine flache Grenze ohne jedes natürliche Hindernis mit sehr hohen Preisen auf der einen und großen Vorräten auf der anderen Seite; was man auch für Vorsichtsmaßregeln treffe, es würde doch immer einige Schmuggelerei geben. Natürlich könne die britische Regierung der holländischen nicht vorschreiben und wolle ihr nicht vorschreiben, was für Schritte sie zu unternehmen habe. Das liege bei den Holländern, und er müsse sagen, daß ihre Gesetze gut gefaßt seien, um den Schmuggel zu unterbinden, und es sei ihre Sache, dafür zu sorgen, daß diese Gesetze ordnungsgemäß ausgeführt würden. Wenn irgend ein Mangel bei der Ausführung zu seiner Kenntnis gebracht werden sollte, so werde er nach Möglichkeit dafür sorgen, daß dieser der niederländischen Regierung mitgeteilt würde.

Im allgemeinen habe der Trust gut gearbeitet, aber es sei da ein Punkt in der Lage Hollands, der der Regierung große Sorge mache. Holland sei, was seine Landwirtschaft betreffe, ein ausführendes Land, und vor dem Kriege habe es eine beträchtliche Menge seiner Erzeugnisse in verschiedener Gestalt ausgeführt. Unabweislich habe es vor dem Kriege einen viel größeren Teil nach England ausgeführt als seither. Die Holländer seien ein kaufmännisches Volk, und sie könnten in Deutschland sehr viel höhere Preise erzielen als im Vereinigten Königreich und in den alliierten Ländern, und deshalb verkaufen sie ihre Waren nicht. Das sei vom britischen Standpunkte aus keine befriedigende Lage. In einigen Waren habe England bei Beginn des Jahres fast die ganze Einfuhr aus Holland verloren, und das sei durchaus nicht befriedigend.

Es sei entschieden eine schwierige Frage. Er könne dem Hause nicht genau sagen, was die Regierung getan habe, um mit ihr fertig zu werden, aber er könne dem Hause versichern, daß die Dinge sehr viel besser ständen als bisher; es sei in den letzten Wochen eine entschiedene Besserung eingetreten; er habe Veranlassung zu der Hoffnung, daß die Besserung in Zukunft nicht geringer sein würde als bisher, und die Engländer würden nicht sehr viel Anlaß zu Klagen haben im Vergleich zur Lage vor dem Kriege. Cecil sagte, er wolle nicht verwehren, daß England befriedigt sein werde, denn er werde niemals befriedigt sein, so lange ein Krümel an Lebensmitteln nach Deutschland gelange. Die Regierung habe eine sehr schwierige Sache von einer Reihe von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachten müssen. Sie habe sich bemüht, den Fischmengen eine Grenze zu setzen, die aus Norwegen und Holland nach Deutschland gelangt seien, und er glaube, daß die ergriffenen Maßregeln im ganzen ihren Zweck erfüllen.

### Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 24. August. (W. Z. B.) Der Generalstab meldet vom 23. August: Auf dem rechten Flügel haben die auf Verina vordringenden Truppen gestern die Stadt Kastoria besetzt. Die hauptsächlich einem Freiwilligenregiment angehörenden geschlagenen Serben zogen sich nach Süden zurück. Die in der Richtung Verina, Vanica, Cornitschewo und Ostrovo operierenden Truppen rückten, nachdem sie am 21. August eine stark besetzte Stellung des Feindes auf dem Kamm des Malanidiberges erobert hatten, am 22. August vor und griffen die serbische Donau- und die serbische Wardadivision in ihren neuen Stellungen Kloster des heiligen Spiridon - Höhe 207 - Tscheganska Planina an. Bisher haben wir sieben Offiziere und zweihundert Mann gefangen genommen. Wir erbeuteten 5 ganz neue französische Schnellfeuergeschütze, die vollkommen unbeschädigt waren, mit ihren Lafetten und ihren Pferden, neun Munitionswagen, sechs Maschinengewehre, einen Bombenwerfer, viele Gewehre Muster 1916 und fünfzehn Waggons rollendes Material. Der Kampf geht weiter. Wir haben uns in entscheidender Weise auf der Höhe Djemaat Teri nördlich des Ostrovo-Sees und im Moglenica-Tale eingesetzt. Bedeutende Kräfte der Schumadia-Division griffen den Abschnitt Muruz-Kowit an. Alle Angriffe wurden unter großen Verlusten für die Serben abgefochten. Im Wardar-Tale verlief der Tag im allgemeinen ruhig, nur an der Front südwestlich des Dojran-Sees suchte der Feind gegen 10 Uhr abends unsere vorgeschobene Stellung anzugreifen. Er wurde aber abgefochten. Ergänzende Mitteilungen und Gefangenenaussagen ergeben, daß das 176. französische Regiment, das an dem Kampf am 21. August teilnahm, fünfzig vom Hundert seines Bestandes verloren hat. Zweihundertfünfzig Leichen wurden auf dem Schlachtfeld zusammen mit vielen militärischen Gegenständen gefunden. Auf dem linken Flügel kämpften wir im Tale der Struma das linke Ufer des Flusses vollkommen vom Feinde. Die Zahl der gestern von uns begrabenen Feindesleichen übersteigt fünfhundert. Zahlreiche tote und eine große Menge von militärischen Gegenständen, die das Schlachtfeld bedecken, bezeugen die vollkommene Niederlage der Brigade Protier. Bei ihrem Vormarsch südlich von Drama begegneten vorgeschobene Abteilungen unserer Truppen einer englischen Schwabron, die von einer Radfahrerkompanie begleitet war. Nach einem kurzen Feuerwechsel zogen sich die Engländer in der Richtung auf Orfano zurück, nachdem sie vorher zwei Brücken über dem Angistafuß zerstört hatten. Wir besetzten den Bahnhof von Angista. Gegenwärtig befindet sich die Eisenbahnstrecke Otschikar-Buf-Drama-Angista-Seres-Demir Hifar in unseren Händen.

### Bulgarische Gegenoffensive.

Sofia, 24. August. (W. Z. B.) Gegenüber der Meldung des Reuterschen Bureaus, daß der bulgarische Gesandte in Athen, Pazarow, dem griechischen Ministerpräsidenten Jamnis erklärt habe, daß die bulgarische Armee eine Offensive einleite, die auf die Befreiung gewisser strategischer Punkte auf griechischem Gebiete abzielt, und daß der englische und der französische Gesandte an den Ministerpräsidenten Jamnis forgesetzt die Anfrage gestellt haben, welche Schritte die griechische Regierung angesichts des Auszuges der vor den anrückenden bulgarischen Truppen stehenden griechischen Bevölkerung zu ergreifen gedenke, ist die bulgarische Telegraphenagentur zu folgender Erklärung ermächtigt: Was den ersten Punkt der Meldung betrifft, hat Pazarow in seiner Mitteilung nicht von einer bulgarischen Offensive gesprochen, sondern von einer bulgarischen Gegenoffensive, die durch die wenigstens vergeblichen unaufhörlichen Angriffe der Entente-Truppen hervorgerufen sei. Was den angeblichen Auszug der Bevölkerung anlangt, so liegt eine bedenkliche Erklärung vor, denn die vom General Sarrail bebrachte einheimische Bevölkerung, weit davon entfernt, vor unseren Truppen zu fliehen, empfängt sie im Gegenteil als Befreier.

### Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 23. August. (W. Z. B.) Das Hauptquartier teilt mit: Keine nennenswerte Veränderung an den verschiedenen Fronten.

### Die feindlichen Heeresberichte.

#### Der französische Tagesbericht.

Vom 23. August nachmittags. (W. Z. B.) Nördlich der Somme behauptet die deutsche Artillerie, von der französischen energisch bekämpft, im Laufe der Nacht die ersten Linien und Verbindungsstraßen nördlich und südlich von Maurepas heftig. Es folgte keine Infanterieunternehmung. Südlich der Somme griffen die Deutschen nach kräftiger Artillerievorbereitung am Abend südlich von Estrées und westlich von Soyecourt an. Sie schlugen an einigen Punkten in den Hügelgräben Fuß, die sie am 21. verloren hatten. Nördlich lebhafter Artilleriekampf in den Abschnitten Velloz, Affevillers und Lison. Im Wasgentwale schlugen die Franzosen mit Handgranaten einen Handstreich der Deutschen südlich von Hartmannswillerkopf zurück. Die Nacht war an der übrigen Front verhältnismäßig ruhig.

Zusätze: An der Somme-Front schloß der Feldwebel Dorme sein fünftes deutsches Flugzeug ab, das in der Gegend von Roisins (Roisins?) nordöstlich von Poronne niederfiel. Vier andere deutsche Flugzeuge wurden ernstlich beschädigt in ihren Linien landen.

Vom 23. August abends. (W. Z. B.) Nördlich und südlich der Somme hielt der Artilleriekampf den ganzen Tag an; er war besonders lebhaft in den Abschnitten von Velloz und Estrées. Auf dem rechten Ufer der Maas ermöglichte uns ein von unseren Truppen gegen die deutschen Stellungen zwischen Fleury und dem Werke Thiamont glänzend geführter Angriff wertvolle Fortschritte zu erzielen. Wir machten ungefähr 200 Gefangene, darunter 2 Offiziere.

Zusätze: Adjutant Dorme hat sein sechstes Flugzeug abgefochten, das in der Richtung von Marchépot (nordöstlich von Chauvenc) niederfiel. Ein anderes Flugzeug wurde in der Gegend von Hoje abgefochten.

Belgischer Bericht. Stellenweise Artilleriekampf in der Gegend nördlich von Dirmude. An der belgischen Front kein besonderes Ereignis. Orientarmee. Im Zentrum hielten die alliierten Armeen alle zwischen Moglenica und den Welos-Bergen eroberten Stellungen und besetzten sie. Die Serben rückten nördlich von Strupina

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, 24. August 1916. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich der Somme sind gestern abend und nachts neue Ausfaltungen unserer Gegner zum Scheitern gebracht worden. Die Angriffe der Engländer richteten sich wieder gegen den vorjüngsten Vogen zwischen Thiepval und Pozieres, sowie gegen unsere Stellungen um Guilleumont. Bei und besonders südlich von Maurepas wurden starke französische Kräfte nach teilweise erstem Kampf zurückgeschlagen.

Rechts der Maas nahm der Artilleriekampf nachmittags im Abschnitt Thiamont-Fleury, im Chapitre- und Berg-Walde an Heftigkeit bedeutend zu. Mehrfache französische Angriffe südlich des Werkes Thiamont sind zusammengebrochen.

In den letzten Tagen ist je ein feindliches Flugzeug im Luftkampf bei Vazentin und westlich von Peronne, durch Abwehrfeuer in der Gegend von Nichobourg und La Bassée abgeschossen.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Abgesehen von kleineren erfolgreichen Unternehmungen gegen russische Vortruppen, wobei Gefangene und Beute eingebracht wurden, ist nichts von Bedeutung zu berichten.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Auf den Höhen nordwestlich des Ostrovo-Sees setzen die Serben dem bulgarischen Angriff noch Widerstand entgegen; ihre Gegenangriffe gegen den Djemaat Teri sind gescheitert.

Alle Berichte aus dem feindlichen Lager über serbisch-französisch-englische Erfolge sowohl hier wie am Wardar und Struma sind freie Erfindung.

### Oberste Heeresleitung.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 24. August 1916. (W. Z. B.) Amlich wird veröffentlicht:

### Russischer Kriegsschauplatz.

Außer einigen kleinen erfolgreichen Vorfeldunternehmungen weder bei den Streitkräften des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl noch bei der Front des Generalfeldmarschalls von Hindenburg Ereignisse von Belang.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Nach heftiger Beschließung des Raumes der Tassaner Alpen und unserer Höhenstellungen beiderseits des Travigno-Tales setzen die Italiener gegen die Front Coltorando-Gima di Cece mehrere Angriffe an, die abgefochten wurden. Sonst keine Ereignisse von Belang.

### Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

An der unteren Dufina Cephalen. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschallleutnant.

weiter vor. An den bewaldeten Abhängen von Kukurug schlugen die Franzosen einen nördlichen Angriff der Bulgaren auf das südlich eroberte Dorf Valnis (am Südhänge der Welos-Berge) zurück. Auf dem rechten Flügel an der Struma und auf dem linken Flügel in der Richtung des Ostrovo-Sees wurde ein feindlicher Angriff abgefochten. Ein feindliches Flugzeug wurde bei Vrest (an den Ufern des Dojran-Sees) abgeschossen.

### Die englische Meldung.

Vom 23. August. (W. Z. B.) Zwei Gegenangriffe des Feindes südlich von Thiepval wurden mit schweren Verlusten zurückgewiesen. Südlich von Thiepval gewannen die Engländer weitere 200 Yards Gräben und befestigten ihre Linie. Die feindliche Artillerie, die große Tätigkeit zeigte, wurde an drei verschiedenen Stellen durch das Feuer unserer schweren Geschütze zum Schweigen gebracht. Gestern abend ununterbrochene Luftkämpfe, da die feindlichen Flugzeuge eine ungewöhnliche Tätigkeit entwickelten. Wenigstens vier feindliche Flugzeuge wurden zerstört, viele andere wurden beschädigt niedergeschossen, andere wurden nach ihren Flugbahnen verfolgt. Wir erlitten keine Verluste. Trotz anhaltenden Luftkampfes führten wir an verschiedenen wichtigen Punkten Bombenangriffe aus.

Englischer Kriegsbericht aus Saloniki vom 23. August. (W. Z. B.) Der die englischen Streitkräfte bei Saloniki beschließende Offizier meldet unter dem 23. August: An der Dojran-Front wurden gestern etwa zwei feindliche Batterien in der Nachbarschaft von Dantli beobachtet, ihre Vorhut war bis Wyns vorgeschoben. An der Strumafont besetzte sich der Feind auf der Linie Penitli, Eufuk, Elikan, Revolen, Cavardamad, Ormanli. Ein Angriff auf französische Truppen, die die Komarjan-Wälle hielten, wurde zurückgeschlagen. Die serbischen Truppen halten jetzt die Linie in der Nähe des Ostrovo-Sees und bei Pozier.

### Der russische Kriegsbericht.

Vom 23. August nachmittags. (W. Z. B.) An der Westfront unternahm der Feind in der Nacht zum 23. August südlich von Kremno einen Gasangriff, der mit großen Verlusten für den Gegner abgewiesen wurde. Auf dem Bahnhof von Maniewitschi warf der Feind aus Flugzeugen über hundert Bomben. In der Gegend des Flusses Seret südlich von Brody unternahm der Feind an verschiedenen Stellen Angriffe, die überall durch unser Feuer abgewiesen wurden. Nahe den Dneken des Pruth südwestlich Ardzeluga bemächtigten wir uns zweier Anhöhen nördlich und südlich des Noweladberges an der ungarischen Grenze. An der Kaukasus-Front wurden die Türken, die an der Front Elen (El Zevu?) - Chadmadan (Chobankala?) im Küstenbezirk einen Angriff unternahmen, unter Mitwirkung unserer Flotte in ihre Stellungen zurückgeworfen. Westlich vom Wen-See entwickelte sich unsere Offensive günstig. Wir machten 3 Offiziere und 174 türkische Soldaten zu Gefangenen. Bei der Verfolgung der weitgehenden Abteilungen des Feindes machte unsere Kavallerie viele Türken nieder.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 23. August. (W. Z. B.) In der Nacht vom 21. auf den 22. August machte der Gegner im Altag-Tale heftige Feuerüberfälle auf unsere Stellungen im Talgrund, ohne einen Infanterieangriff folgen zu lassen. In der gleichen Nacht wurden Veruche des Feindes, zwischen Cetera Fingrova und Cetera Gebio-Pastirke auf der Hochfläche von Fingro vorzugehen, durch unser Feuer glatt aufgehalten. In der Gegend von Tosana eroberten gestern nach kurzer aber wirksamer Artillerievorbereitung Infanterieabteilungen und Alpini in glänzendem Angriff die starken feindlichen Stellungen an den westlichen Abhängen der dritten Tosana, der Terza und des Trabancas-Tales. Der Gegner, der schwere Verluste erlitt, ließ etwa 40 Gefangene, Waffen und Munition in unseren Händen. In der Gegend von Görz gegenseitige Artillerietätigkeit. Gestern nachmittags wurde eine feindliche Abteilung, die sich Bertolizza zu nähern versuchte, durch unser genaues Feuer zurückgeworfen; sie ließ zahlreiche Leichen auf dem Gelände zurück.

## Zur Kriegslage.

Tage der Spannung.

Von Richard Gädle.

Die starken Angriffe der Franco-Engländer, die mit dem 7. und 8. August an der Somme einsetzten, sind vom 12. August an mit erhöhtem Nachdruck fortgeführt worden. Ein geringes Nachlassen ihrer Anstrengungen am 13. und dann wieder am 15. August wurde vom 16. an durch eine erneute Mut und Hartnäckigkeit ihrer Stürme ausgeglichen. Drei Tage hindurch griffen sie unaufhörlich nördlich der Somme auf der gesamten Front von 20 Kilometer mit immer wieder aufgefrischten oder abgelösten Massen an und schoben ihre Angriffe bis tief in die Nacht hinein fort. Der Höhepunkt des verzweifeltsten Ringens wurde erst am 18. August erreicht. Erst am folgenden Tage ermateten sie, aber bereits am 20. folgten neue, wenn auch weniger ausgedehnte und weniger gleichzeitige Vorstöße. Die ungeheure Mut des Geschützfeuers, die Erbitterung der kämpfenden, die zahllosen Nachkämpfe, zu denen es kam, verließen dieser gewaltigen Schlacht einen Grad der Durcharbeit, der bisher kaum schon erreicht wurde. Auch die geringe Zahl von Gefangenen, die auf beiden Seiten gemacht wurde, legt Zeugnis ab von der verzweifeltsten Mühe der Kämpfe. Südlich der Somme fanden während dieser Tage nur kleinere Gefechte mehr örtlicher Bedeutung statt, vielleicht dazu bestimmt, die Aufmerksamkeit der deutschen Führung abzulenken. Dem entscheidungsuchenden Angriffe nach Norden wie nach Süden eine größere Ausdehnung zu geben, dazu langten offenbar die verfügbaren Geschützmassen und Truppen unserer Gegner nicht hin. Vielleicht die Geschütze und der Schießbedarf noch weniger als die Truppen! Ich glaube darum auch den gesteigerten Vorstößen feindlicher Abteilungen an anderen Stellen der Westfront keine besondere Bedeutung beilegen zu sollen.

Daß die ungeheure Anstrengung unserer Gegner nicht ohne jeden Erfolg geblieben ist, daß sie an einzelnen Stellen des Schlachtfeldes ihre Gräben vorrückten, eroberte deutsche ihrem System einverleihen konnten, haben die Berichte des Deutschen Hauptquartiers zugegeben. Im großen aber ist die deutsche Schlachtlinie unverändert geblieben, die Abwehr des Gesamtstoßes gescheitert. Mehr und mehr nimmt auch hier wieder die Heftigkeit des Charakteres des langwierigen Stellungskrieges an. Trotzdem wird es einem besonnenen Urteil nicht entsprechen, schon jetzt von einem Scheitern der feindlichen Pläne zu reden. Es liegt im Wesen der Abwehr, daß sie selbst eine endgültige Entscheidung nicht zu geben vermag. Erst dann, wenn der Angreifer seinerseits seine Anstrengungen aufgibt, wenn er von der Wiederholung seiner Stürme Abstand nimmt, erkennt er an, daß seine Absichten gescheitert sind. Das werden wir also abwarten müssen. An sich wird zunächst noch mit neuen Versuchen zu rechnen sein. Wären die Franzosen auf ihre eigenen Kräfte angewiesen, dann wäre der Krieg erledigt; die Engländer werden aus ihrem Vollen neue Aufgebote in beschränktem Maße noch herausziehen können. Was ihnen aber gegenwärtig noch Kraft verleiht, das sind die farbigen Truppen beider Gegner. Indes und Annamiten, Lunger, Algerier, Marokkaner und Senegalesen, die Portugiesen nicht ganz zu vergessen, sind die Helfer, die mit Kanadiern, Australiern, Wuren und Neuseeländern zusammen wohl gegen eine Million Köpfe ausmachen mögen. Die Sechserheft Englands sucht uns nicht nur wirtschaftlich zu erdroffeln, sie erlaubt uns auch rein militärisch, den Kampf noch immer mit neuen Kräften im Gange zu erhalten. Die Bedeutung der Seegewalt ist selbst in den napoleonischen Kriegen nicht so zutage getreten wie diesmal. Wobei wir übrigens die Waffenlieferungen der Vereinigten Staaten gebührend in Rechnung stellen wollen.

Auch in der Waagegegend haben am 17., 18., 19. August — also ziemlich gleichzeitig mit den stärksten Angriffen unserer Gegner an der Somme-Front — heftige Vorstöße der Franzosen gegen die Front nordwestlich Thiamont bis zum Bergwalde stattgefunden. Ihr Gewinn besteht in dem Eindringen in das Dorf Fleury.

Auf der östlichen Front ging es am 14. August noch ziemlich lebhaft zu. Die russischen Heere der Mitte suchten der Armeekorps und dem rechten Flügel des Generaloberst Woschm-Kermollis lebhaft nachzudringen, sind aber überall abgewiesen worden. Nachdem ihre vereingelten Vorstöße am 16. und 17. August in der Gegend westlich Polozje (75 Kilometer östlich Lemberg) und nördlich des Njestr ebenso erfolglos geblieben waren, ist an der Ostfront verhältnismäßige Ruhe eingetreten. Nur die an der Ostfront des Gegners, einerseits westlich des Nobel-Sees und am unteren Stochod, bei Kudla Czernowiz, andererseits in den Karpaten, am Jasionka- oder Tariatzenpaß, suchten in örtlichen Angriffen vorwärts zu kommen. Bei Czernowiz haben sie das westliche Stochodufer gewonnen, aber nicht weiter vorgehen können, am Tariatzenpaß sind unsere Verbündeten auf die Kammböhe zurückgegangen. Andererseits haben deutsche Truppen weiter südlich, um Jabie und östlich des Schwarzen Czernowiz in langwierigen Kämpfen Raum gewonnen.

Im ganzen gewinnt man doch den Eindruck, daß an der östlichen Front nunmehr gefestigte Verhältnisse eingetreten sind. Die Heere der verbündeten Mittelmächte haben sich in ihren neuen Stellungen eingerichtet und die russischen Angriffe zum Teil unter sehr blutigen Verlusten für den Gegner abgewiesen. So steht sich General Brusilow gezwungen, vorläufig von einer allgemeinen Wiederaufnahme seiner großen und anfänglich nicht erfolglosen Offensivunternehmung Abstand zu nehmen. Doch bleibt es ungewiß, wie lange diese Zeit der Ruhe dauern wird, die wohl sehr gegen den Willen des Heerführers durch die unauswählige Größe seiner blutigen Einbuße erzwungen ist. Die Gesamtlage scheint doch darauf hinzudeuten, daß er seinen Versuch im größten Maßstabe wiederholen wird, sobald er dazu wieder imstande zu sein glaubt.

So wie im Osten ist auch auf dem italienischen Kriegsschauplatz in den letzten Tagen eine Zeit der Windstille eingetreten. General Cadorna hat scheinbar seine Erfolge vom 7., 8., 9. August überhäuft, die er durch einen bis dahin von ihm unerreichten Kräfteeinsetz auch an schwerer Artillerie gewonnen hatte. Weher die Befehle von Görz und den Gewinn der Hochebene von Daberdo, am Unterlaufe des Nonzo, ist er nicht hinaudgelangt. Seine heftigen Angriffe gegen die starken neuen Stellungen unserer Verbündeten vom 12. bis 16. August sind abgefochten worden und seitdem hinsichtlich abgefochten. Er meldet bereits wieder Gegenstände des Verteidigers und beruft sich im übrigen auf die köstliche Witterung — wie schon oft.

Der äußerste linke Flügel der Oesterreich-Ungarn ist immer noch 20 Kilometer von Triest entfernt; da die Italiener länger als ein Jahr gebraucht haben, um auf einer örtlich begrenzten Front einen höchsten Raumgewinn von 8 Kilometer zu machen, so kann man wirklich nicht sagen, daß Triest — wie man manchmal hört — bereits bedroht sei. Man wird eher annehmen dürfen, daß die Schwerekräften für das italienische Heer jetzt erst recht beginnen — es mühten denn ganz unerwartete Verhältnisse eintreten.

Die Nachrichten, die uns am meisten in Spannung versetzen, kommen vom Balkan, von der mazedonisch-griechischen Grenze her.

In den Tagen vom 14. bis 16. August konnte man versucht sein, anzunehmen, daß General Sarrail seine so oft angeforderte Offensive von Saloniki aus nun wirklich antreten werde. Die Verchiebung der wieder kampffähig gewordenen serbischen Heereskörper, das Eintreffen von Russen und angeblich auch von Italienern, die Mäßigkeit seiner Vortruppen am Wardar und südlich des Dojran-Sees, vor allem aber politische Erwägungen, haben den Versuch einer Offensive in diesem Augenblicke nicht unwahrscheinlich erscheinen lassen. Wenn er sie wirklich beabsichtigt hat, sind ihm die Bulgaren und die Deutschen mit raschem Entschlusse zugekommen. Während seine Mitte sich bergablich gegen die bulgarischen Stellungen abmühte, trat am 17. August der rechte bulgarische Flügel am Cadrina- und Prebba-See (zula 175 Kilometer westlich Saloniki), am 18. auch ihr linker Flügel zwischen Struma und Reiter (55 bis 100 Kilometer nordöstlich Saloniki) vom Grund-Balkan aus überraschend gegen seine weitgespannte, gefährliche Aufstellung an. Jener schlug die serbische Donau- und

dann die Deina-Division, besetzte Florina und unterbrach die Verbindungen nach Epirus, während der linke Flügel in Demirhisar einbrang, das die griechischen Truppen freiwillig räumten, und das östliche Struma-Ufer, zwischen Bulfowo und Tachino-See (30 Kilometer), von englischen wie französischen Truppen säuberte.

Ob wir darin bereits den Beginn einer allgemeinen Offensive zu sehen haben, wird abzuwarten sein; die bisherigen Meldungen aus bulgarischer Quelle lassen noch nicht ganz klar sehen. Ein weiterer, erfolgreicher Fortgang dieses Vorgehens könnte in seiner militärischen wie politischen Bedeutung nicht leicht überschätzt werden. (2)

## Die Entente und der U-Boot-Krieg.

Rom, 24. August. (B. Z. V.) Meldung der Agenzia Stefani. Man hat festgestellt, daß die Nachrichten über die Tätigkeit feindlicher U-Bootboote fern von ihrer Heimat, dem Feinde sehr vorteilhaft sind, da er sich so über die Tätigkeit und den Ort seiner U-Bootboote unterrichtet, mit denen er keine unmittelbare Verbindung hat. Infolgedessen haben die Alliierten beschlossen, die Veröffentlichung solcher Nachrichten zu untersagen.

Notiz des B. Z. V.: Von unrichtiger Seite erfahren wir hierzu: Selbstverständlich ist es Unfug, zu behaupten, daß die deutsche Flotte und die ihrer Verbündeten aus den Meldungen von U-Booten über versenkte Schiffe wichtige Nachrichten für die Operationen ihrer U-Bootboote erhielten. — Der wahre Grund für unsere Feinde, das Versenken von Schiffen in Zukunft nicht mehr zu veröffentlichen, liegt auf anderen Gebieten. Man will der eigenen Öffentlichkeit die Erfolge der feindlichen U-Bootboote vorenthalten, um die Stimmung nicht noch weiter zu kränken, um die Schiffsbefragungen nicht noch unglücklicher zu machen und damit das Ansehen der Mannschaften zu erschweren, um die Versicherungsprämien nicht noch weiter steigen zu lassen und so fort.

## Flaggenmißbrauch eines russischen U-Bootes.

Stockholm, 24. August. (B. Z. V.) Meldung des schwedischen Telegraphenbureaus. Der schwedische Lotse Hoegboom, der an Bord des deutschen Dampfers „Desterro“ beim Kapern des Dampfers durch ein russisches U-Bootboot nach Abo mit abgeführt wurde, ist jetzt nach Huddiksvall zurückgekehrt und hat auf Anfrage einer Zeitung bestätigt, daß das Kapern am Freitag vormittag 11 Uhr zwei Meilen inner halb der schwedischen Hoheitsgewässer stattfand und daß das russische U-Bootboot beim Kapern die schwedische Flagge führte. Die amtliche Untersuchung beginnt sofort.

## Wieder ein Zeppelin-Angriff auf England.

London, 24. August. (B. Z. V.) Amlich. Ein feindliches Luftschiff kam kurz vor Mitternacht über die Ostküste. Es wurden mehrere Brandbomben und einige Hohezeppelinbomben auf offener See abgeworfen. Es wurde kein Schaden angerichtet und niemand verletzt. Das Luftschiff kehrte vor ein Uhr nach der See zurück.

## Obstruktionsitzung im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Budapest, 23. August. (B. Z. V.) Die Sitzung des Abgeordnetenhauses dauerte bis vier Uhr morgens. Es war eine Obstruktionsitzung im argsten Sinne des Wortes. Die Oppositionellen aller Fraktionen hatten einundzwanzig Interpellationen angemeldet, von denen sieben auf die nächste Sitzung verschoben wurden. Ueber die Ursache der ausgebrochenen Obstruktion geben verschiedene Auslegungen um. „Pester Lloyd“ erklärt diese plötzlich vorgezeichnete schroffe Haltung der Opposition damit, daß der Versuch der Bildung eines Koalitionsministeriums gescheitert ist. Sodann sei die Opposition unzufrieden, weil ihre Vertrauensmänner laut der getriggen Erklärung ihre Mission niedergelagt und die Verbindung mit der Regierung abgebrochen hätten. „Pester Lloyd“ schreibt: Die Ermüderung des Burgfriedens, welche sich über Nacht vollzogen hat, bleibt ein Rätsel. Im Lande draußen wird man das nicht verstehen. Aber das wird noch das kleinere Uebel sein. Viel schlimmer ist, daß man es im Auslande mißverstehen wird. Das Land wird aus dieser Wandlung der Opposition sicherlich keinen Nutzen ziehen, aber auch die Opposition wird bald erkennen müssen, daß sie mit dem Burgfrieden besser gefahren wäre.

Budapest, 24. August. (B. Z. V.) Auf eine Interpellation der Grafen Michael Karolyi über verschiedene Fragen der auswärtigen Politik sagte Ministerpräsident Graf Tisza: Der Interpellant behauptet, die Offensive gegen Italien sei ohne Zustimmung des Ministers des Aeußeren beschlossen worden. Man muß hier unterscheiden. Ueber die Vorbereitungen zu der Offensive gegen Italien wurden wir zur rechten Zeit unterrichtet, in erster Linie der Minister des Aeußeren und dann selbstverständlich alle diejenigen, die für die auswärtige Politik verantwortlich sind. Wir waren davon unterrichtet und hätten auch die Gelegenheit gehabt, wenn wir aus politischen Gesichtspunkten heraus gegen diese Offensive Bedenken gehabt hätten, diese geltend zu machen. Wir hatten jedoch naturgemäß keinerlei politische Bedenken; denn ein Erfolg dieser Offensive wäre mit großen politischen Vorteilen verbunden gewesen. Auf die Entscheidung über die Frage, ob eine Offensive ergriffen werden soll oder nicht, kann weder der Minister des Aeußeren noch ein anderer politischer Faktor Einfluß nehmen, da dies eine ausschließliche militärische Frage ist, und es gäbe keinen gefährlicheren Irrtum, als wenn Minister sich als Strategen hinstellen würden. Dies wäre eine ebenso gefährliche Verirrung, wie wenn eine militärische Funktion die politische Leitung übernehmen wollte.

Was die Anfrage Karolyi über den Abschluß des Vertrages mit Bulgarien betrifft, erwiderte der Ministerpräsident, so sind dem formellen Abschluß des Vertrages längere Zeit in Anspruch nehmende Verhandlungen vorausgegangen. Diese wurden ausschließlich von den diplomatischen Faktoren geführt, und in erster Reihe nahmen daran die in Sofia beglaubigten Gesandten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns teil. Diese Verhandlungen wurden ausschließlich durch die verantwortlichen politischen Faktoren geführt. Der endgültige Abschluß war, wie es in solchen Kriegszeiten zu geschehen pflegt, der folgende: Es gibt zwei Vertraginstrumente. Das eine ist die Militärkonvention, die mit Wissen und Zustimmung der zuständigen Staatsmänner und Diplomaten abgeschlossen wurde. Das andere ist der diplomatische Vertrag, der ebenfalls von den zuständigen Faktoren abgeschlossen wurde. Das Vorgehen ist in jeder Beziehung einwandfrei.

Budapest, 23. August. In seiner Rede im Abgeordnetenhaus führte Graf Stefan Tisza noch aus: Die Herren Abgeordneten können mir glauben, niemand wird sich mehr freuen, als ich, wenn einmal die Zeit gekommen sein wird, um die Lage ganz aufdecken und dafür einstehen zu können, was die ungarische Regierung und der mit ihr solidarische Minister des Aeußeren inmitten der Ereignisse des Weltkrieges getan oder unterlassen haben, und um dann diese ganze Politik dem Richtersprache der reslos aufgestellten öffentlichen Meinung unterbreiten zu können. Heute ist uns dies nicht möglich. Wir trugen, tragen und werden diese Verantwortung in dem Bewußtsein tragen, daß wir in schweren Zeiten im Dienste der Lebensinteressen der Nation zur Verteidigung unserer Interessen alles mögliche getan haben und, im innigen, unerschütterlichen Bündnisverhältnis mit unseren Bundesgenossen und in erster Reihe mit dem Deutschen Reiche bleibend, werden wir auch den Aufgaben der Zukunft ins Auge blicken. (Sehhafter Beifall.)

## Die Bukarester Verhandlungen.

Bukarest, 24. August. (Z. U.) Der russenfreundliche „Abeverul“ veröffentlicht über die diplomatischen Verhandlungen folgendes: Als Anfangs August verhandelte, daß Cratianu einen Vertrag mit den Ententemächten abgeschlossen habe, verlangten die Gesandten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Aufklärungen vom Ministerpräsidenten, der einen solchen Vertrag in Abrede stellte und erklärte, die von Rumänien getroffenen Maßnahmen dienten lediglich zur Durchführung der bewaffneten Neutralität. Später wurden beide Gesandten vom Adlige in Audienz empfangen, der ihnen sagte, daß seines Wissens Cratianu einen Vertrag mit den Verbändmächten nicht abgeschlossen habe. Einige Zeit darauf erfuhr die Vertreter der Ententemächte, daß die militärischen Vorbereitungen in gesteigertem Maßstabe fortgesetzt würden und daß Cratianu tatsächlich einen Vertrag mit Rußland abgeschlossen habe. Der deutsche Gesandte gab Cratianu zu verstehen, daß Rumänien sich in große Gefahren stürzen würde, wenn es einen übereilten Schritt unternähme. Inzwischen erschienen Marghiloman, Carp und Majorescu beim Könige, der sie mit der Erklärung beruhigte, daß die Regierungspolitik so lange gebilligt werden müßte, als sie von den Grundsätzen der Neutralität nicht abweiche. Ob nun wirklich ein Vertrag zwischen Cratianu und Rußland besteht, meint der „Abeverul“, bleibe demnach ein nicht gelöstes Geheimnis.

## Der Kongreß der italienischen Anarchisten.

In der vergangenen Woche fand in Ravenna ein Nationalkongreß der italienischen Anarchisten statt, über dessen Verlauf der „Avanti“ vom 13. August folgende Einzelheiten berichtet. Der Kongreß hatte die Aufgabe, eine Verbindung aller Anarchisten, die auf dem Boden der internationalen proletarischen Bewegung verblieben sind, herzustellen. Es wurde festgestellt, daß im wesentlichen alle anarchischen Gruppen dem internationalen Gedanken treu geblieben und bis auf wenige Ausnahmen der Suggestion der kriegerischen Stimmung nicht unterlegen sind. Nachdem der Kongreß allen Opfern der Reaktion und der politischen Willkür seine Sympathie ausgesprochen hat, wird als Antwort auf die Rundgebung der sogenannten Intellektuellen in Frankreich eine Erklärung ausgearbeitet und der Beschluß gefaßt, eine Verständigung zwisch zwei künftigen gemeinsamen Aktion mit den Anarchisten aller Nationen, insbesondere denen Frankreichs anzubahnen, wo die Entartung und das Renegatentum, sowie die Opposition der Krengeliebten besonders in Erscheinung getreten ist. Der Kongreß erklärt, daß die Anarchisten nichts gemein haben mit dem bürgerlichen Pazifismus, denn das härteste Friedensbedürfnis dürfte nicht vergessen lassen, daß ein Friede, der von den Staaten geschlossen werde, nie ein gerechter Friede im Sinne der wahren Freiheit sein könne. Den Genossen wird die schärfste Bekämpfung aller gegnerischen Parteien zur Pflicht gemacht, auch des Sozialismus, dessen sympathische Haltung während des Krieges für uns vorläufig gewirkt hat. In der Polemik gegen diese Partei sei daher jede unnütze Schärfe zu vermeiden. Schließlich legt der Kongreß seine Stellung zur künftigen Internationale fest. Er erklärt, daß alle Versuche einer Wiederanknüpfung internationaler Beziehungen, so gut sie auch gemeint sein mögen, Schiffbruch erleiden müssen, wenn sie nicht die volle Gleichberechtigung aller proletarisch-sozialistischen Bestrebungen innerhalb der neuen Internationale anerkennen und ihr einen freieren revolutionären Geist einhauchen werden. (2)

## Kleine Kriegsnachrichten.

London, 24. August. (B. Z. V.) Das Neutische Bureau meldet: Eine Mitteilung der Admiralität besagt, es sei nicht ein händliches Wahrschein in der phantastischen deutschen Behauptung von der Beschädigung eines britischen Kriegsschiffes am 10. August. Es sei kein Schiff getroffen worden, außer den Kreuzern „Nottingham“ und „Palmouth“, deren Verlust bereits mitgeteilt worden sei.

## Politische Uebersicht.

### „Hungerkrieg gegen Hungerkrieg“.

Einen eigenartigen Vorschlag zur Bekämpfung der Entente und in erster Linie Englands macht die Handels-Ztg. der „Post“: „Wenn England in Rumänien Getreide aufkauft und es verderben läßt, nur damit wir es nicht bekommen, so sollten wir genau so England gegenüber verfahren. Wir können das durch entsprechende Maßnahmen an den Getreidebörsen, an denen unsere Feinde kaufen, und die uns zugänglich sind. Unsere Feinde sind solchen Angriffen naturgemäß weniger gewachsen als wir es waren. Wenn schon in Friedenszeiten sich in Chicago und New York „Corner“ mit Erfolg bilden konnten, um die Preise gewaltig in die Höhe zu treiben, wie viel mehr muß das heute möglich sein, da der Getreidebedarf ein so brennender ist, und die Ernte in Amerika und bei unseren Feinden so schlechte Ergebnisse gezeitigt hat. Wir könnten uns ruhig die Erschwerung der Ernährung unserer Feinde etwas kosten lassen. Das wären Kriegsaufgaben, die sich wohl lohnen würden und Kriegsmittel, die England zuerst angewandt hat. Valutarückfällen dürften uns von solchen Maßnahmen ebenfalls nicht abhalten. Was nützt uns schließlich die schönste Valuta, wenn wir leiden oder gar verhungern. Wir könnten eine Schwächung der Valuta mit in Kauf nehmen, wenn wir dadurch den endgültigen Sieg über unsere Feinde beschleunigen, zumal unsere Ernährung und Kriegsführung von der Valuta nicht abhängt.“

Daß ein Handelsblatt mit einem solchen Vorschlag kommen kann, ist direkt erstaunlich, zumal in dem Artikel selbst ausführlich dargelegt wird, daß Frankreich auf eine starke Getreidezufuhr angewiesen sei und England vier Fünftel seines Bedarfs aus Uebersee einführen müsse. Wie demgegenüber eine Parallele mit den englischen Getreideankäufen in Rumänien angeführt werden kann, zumal bei den gewaltigen Preissteigerungen an den amerikanischen Getreidebörsen, ist einigermaßen räthselhaft. Die einfachste Berechnung ergibt, daß man unter Anwendung ungeheurer Mittel höchstens eine Verteuerung der Lebensmittelzufuhr Englands und Frankreichs erzielen würde. Der praktische Wert eines solchen „Hungerkrieges“ gegen die Entente wäre also minimal, während die Folge für uns wäre, daß unsere Kriegskosten um viele Millionen vermehrt und unsere Valuta außerordentlich verschlechtert werden würde. Es ist bezeichnend, mit welcher Leichtigkeit die Herzen aus der „Post“ mit so folgen-schweren Dingen umspringen. (2)

### Kriegsziele und Zensur.

Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Jund tritt im „Leipziger Tageblatt“ für die Freigabe der Kriegszielberichterungen ein. Er schreibt (nach dem „Deutschen Kurier“):

„In jüngster Zeit sind mehrfach Versuche, die Erörterung der sogenannten Kriegsziele — darum handelt es sich ja im wesentlichen — nun endlich freizugeben, unmittelbar aus der Reichskanzlei beantwortet worden. Leider immer abgelehnt. So nach vorgestern. Die Antwort ist überall abgedruckt worden. Sie „daß“ also wohl frei besprochen werden, ja, sie fordert eine Besprechung geradezu heraus, wobei und gleichgültig ist, wer der Frager war, und zu welchem Ende die Frage gestellt wurde. Wir bedauern diese Taktik nach

wie vor lebhaft, ohne damit unseren Standpunkt gegenüber der Politik der Reichsleitung im übrigen preiszugeben. Nur solche Erörterungen, so lesen wir, sollten zugelassen werden, und auch sie nur beschränkt, die vom Geiste entschlossenen Durchhaltens nach außen und innen getragen sind. Also eine Fiktionierung der öffentlichen Meinung!“ (2)

### Die Sprache der Beamtenzeitungen.

Die Schwierigkeiten, in die die untere und mittlere Beamten-schaft infolge der Zensur gekommen ist, haben zu wiederholten scharfen Aeußerungen in der Presse der Beamten geführt. Es hat nun, wie in mehreren Beamtenzeitungen gemeldet wird, kürzlich eine Sitzung sämtlicher Vorsitzenden von Verbänden der Eisenbahner und Arbeiter stattgefunden. Etwa dreißig Vorsitzende waren dazu erschienen. In Anwesenheit des Eisenbahndirektionspräsidenten Müllin besprach Oberregierungsrat Dr. Amelung den Inhalt der Beamtenzeitungen, die in letzter Zeit mehrfach zu Beanstandungen Anlaß gegeben hätten. Unter Hinweis auf den Ernst der Kriegslage wurden die Vorsitzenden ermahnt, die Schreibweise der Zeitungen in mäßigendem Sinne zu beeinflussen.

### Die Unterbeamten an den Reichskanzler.

Der Hauptauschuh der vereinigten Unterbeamtenvereine Magdeburg hat dem Reichskanzler ein Vertrauensvotum überreicht, für das der Kanzler in einem längeren Schreiben seinen Dank ausdrückte.

### Reichsmittel für die Lieferungsverbände.

B. Z. V. meldet: Die Aufwendungen der Lieferungsverbände für die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften haben gegenwärtig eine Höhe von mehr als 2000 Millionen Mark erreicht. Die Länge der Kriegsdauer und die Größe der aufgestellten Formationen belasten nun diese Verbände stark. In Würdigung dieser Sachlage hat daher die Reichsregierung in Aussicht genommen, obwohl eine Erstattung durch das Reich erst zu einem späteren, durch Gesetz zu bestimmenden Zeitpunkt in Frage kommt, den Lieferungsverbänden 25 Proz. der bis zum 30. 6. 1916 an Mindestlöhnen auf Grund des Familienunterstützungsgesetzes geleisteten Beiträge vorläufigweise aus Reichsmitteln zu zahlen. Die Zahlung der mehr als 500 Millionen Mark betragenden Summe wird demnach, und zwar in zwei Raten, erfolgen.

### Die Industrie als Förderer der „Deutschen Soldaten-Zeitung“.

Wie die Industrie um Unterstützung der „Deutschen Soldaten-Zeitung“ ersucht wird, geht aus einem Schreiben hervor, das der Herausgeber dieser Zeitung, Generalleutnant v. Müllmann in Reife, an eine industrielle Firma im August dieses Jahres gerichtet hat. Aus dem Briefe geben wir wieder:

„Sehr geehrte Herren! Aus einem Berichte meines Verlanges ersehe ich, daß auch an Ihre Firma wie an eine Reihe anderer erster Firmen ein Brief gerichtet worden ist, der die Bitte enthält, die von mir herausgegebene „Deutsche Soldaten-Zeitung“ für Ihre im Felde stehenden Angehörigen und Leute zu beziehen und sich an der allgemeinen Verbreitung zu beteiligen.“

Ich erlaube mir, mich persönlich in der Angelegenheit an Sie, sehr geehrte Herren, zu wenden, weil ich das Angebot meines Verlanges vor dem Schicksal bewahren möchte, überhaupt nicht an maßgebender Stelle bekannt zu werden.

Ich darf wohl hoffen, daß Sie die Bitte meiner „Deutschen Soldaten-Zeitung“ freundlich aufnehmen und für das dritte Kriegsjahr in den Kreis unserer Förderer eintreten. Die „Deutsche Soldaten-Zeitung“ ist zweifellos die beliebteste Zeitung bei unseren Feldgrauen. Sie wurde anlässlich des Regierungsjubiläums Sr. Majestät des Kaisers begründet; die Einführung im Heer ist wiederholt seitens des Kriegsministeriums empfohlen worden.

Wir sind jebiet Anerkennungen für mein vaterländisches Unternehmen zu teil geworden, ja, aus der Industrie litngt es mir so verständnisvoll entgegen, so hilfsbereit und meinen Gedanken entsprechend, daß ich in meiner Aufassung, auf dem richtigen Wege zu sein, indem ich mich an die Industrie wendete, durchaus bestärkt worden bin.

Viele Herren haben sich nicht allein durch die Bestellung von Zeitungen beteiligt, sie wollen auch tätig mitarbeiten durch Werbung, Empfehlung der Zeitung und Lieferung von Beiträgen (Mitteilungen über besondere Auszeichnungen von Beamten und Arbeitern), oftmals mit der Erklärung, daß ein solches Blatt nötig sei.

Es haben im Felde viele Arbeiter als Feldgrauen an eine vorurteilslose Betrachtung der Dinge, wie wir sie in der „Deutschen Soldaten-Zeitung“ pflegen, gewöhnt, sie werden auch später eine Zeitung lesen, die sich freihält von Parteigeist und dergleichen.

Jetzt ist die beste Gelegenheit für die Industrie, die Führung auf geistigem Gebiet bei der Versorgung des arbeitenden Deutschland mit gutem Lesestoff zu übernehmen. Dazu ist sie, zu der nach dem Kriege die Millionenheere zurückzuführen, vor allen anderen Erwerbsständen berufen.

Die jetzt gestifteten Zeitungen liefern wir während eines Jahres nach Beendigung des Krieges an die Betriebe der Stifter weiter, wo die Zeitung ihrem Friedenszweck zugesendet wird. Darauf müssen wir und auch unsere Mitarbeiter, und als solche betrachten wir unsere Förderer, besonders Wert legen.

Wahrlich, es wäre zum Vorteil der Industrie selbst, wollte sie den Gedanken erwägen, der Arbeiterwelt, diesem mächtigen Gliede des heimatischen Heeres, eine Zeitung zu schaffen, die ihr gerecht wird, die ihren Lebensbedürfnissen und sich doch heraushebt aus dem Streite der Parteien und Konfessionen.

Für diese hohe Aufgabe wage ich es, Sie zu erwar-men und ich hoffe gern, Sie ebenfalls bald zu unseren Freunden zählen zu dürfen. Es braucht ja nicht viel zu sein, was Sie für diesen Zweck opfern; die Hauptsache ist, daß Sie sich überhaupt an der Verbreitung beteiligen und so ein wahrhaft vaterländisches Unternehmen fördern, dessen große Ziele zu verfolgen, zweifellos als eine vaterländische Pflicht betrachtet werden kann. Es wäre mir sehr angenehm, sehr geehrte Herren, auch im Falle Ihrer Ablehnung eine günstige Antwort von Ihnen zu erhalten.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Ihr ergebener

v. Müllmann, Generalleutnant z. D.

Die „Deutsche Soldaten-Zeitung“, die von der Industrie durchgehalten werden soll, kann man mit der gelben Westpresse auf eine Stufe stellen. . . . (2)

### Erfahrvahl in Brieg-Namslan.

Die Erfahrvahl für den verstorbenen Reichstagsabg. Dr. Dietel wird Ende Oktober oder Anfang November stattfinden. Die ioner-waune Partei, die das Mandat mit ganz knapper Mehrheit erlangt, erwartet, daß im Zeichen des Burgfriedens ein Gegenkandidat nicht aufgestellt wird.

# Gewerkschaftliches.

## Berlin und Umgegend.

Die **Album-, Wappen- und Galanteriearbeiter** und **Arbeiterinnen**, Mitglieder des Deutschen Buchbinderverbandes, hielten am Dienstag ihre Branchenversammlung ab. Dem Bericht des Obmannes der Branche ist zu entnehmen, daß die am 1. April vereinbarte Teuerungszulage überall gezahlt wird, daß aber eine Anzahl Firmen die Akkordpreise noch nicht alle nach dem am 30. Juni 1911 abgeschlossenen Tarifvertrage geregelt hat, so daß eingearbeitete Kollegen mit den 10 Proz. Teuerungszulagen nur 28, 30 und 33 M. pro Woche verdienen können statt laut Tarifvertrag mindestens 37,75 M. Ferner wurde festgestellt, daß die Beschäftigung von Arbeiterinnen mit Gehilfenarbeit zugenommen hat, obgleich noch genügend männliche Arbeitskräfte hier sind, die aber, weil in der Branche so wenig verdient wird, in anderen Berufen tätig sind.

Nach längerer Aussprache wurde die Branchenleitung beauftragt, geeignete Schritte zu unternehmen, um die festgestellten Mißstände zu beseitigen, und folgende Resolutionen einstimmig angenommen:

1. Die am 22. August versammelten **Album-, Wappen- und Galanteriearbeiter** und **Arbeiterinnen** beantragen die Branchenleitung, mit den in Frage kommenden Fabrikanten und deren Vereinigung in Verhandlung zu treten, damit in Anbetracht der enorm gestiegenen Preise aller Lebensmittel und notwendigen Bedarfsartikel, die im Tarif vom 30. Juni 1911 festgesetzten Lohn- und Akkordpreise um 50 Proz. erhöht werden.

2. Die Ortsverwaltung resp. der Zentralvorstand des Deutschen Buchbinderverbandes wird ersucht, mit den in Frage kommenden Vertretern der freien Gewerkschaften (General-Kommission) in Verhandlung zu treten, damit in Anbetracht der Festlegung der enormen Höchstpreise für Lebensmittel und aller Bedarfsartikel, Minimallohne in entsprechender Höhe durch die Staatsbehörden festgesetzt werden.

## Deutsches Reich.

Dem Militär entlassene **Gewerkschaftsmitglieder** sollten nicht verfahren, zur Fortsetzung ihrer Mitgliedschaft sich umgehend bei der Ortsverwaltung ihres Verbandes zu melden, damit sie der ihnen zuzurechnenden Rechte als Mitglied der gewerkschaftlichen Organisation nicht verlustig gehen. In vielen Verbänden wird ihnen die Militärzeit als Mitgliedschaft angerechnet und werden ihnen entsprechend Marken gestellt bzw. werden die Wochen der Militärzeit als bezahlt abgestempelt. Die zur Arbeit beurlaubten oder kommandierten Mitglieder haben die Pflicht, sich bei ihrer Organisation zu melden, da sie für die Zeit ihrer Erwerbstätigkeit Beiträge leisten müssen.

## Die Kriegsunterstützung des Fleischerverbandes.

50 662 M. Unterstützung hat der Fleischerverband während des Krieges bis Schluß des 2. Quartals (30. Juni) 1916 verausgabt. Rund 54 000 M. sind davon an Familien im Felde befindlicher Mitglieder ausgegahlt worden. Ueber 5400 M. sind arbeitslosen Mitgliedern in der guten Genuß gekommen. Der Rest ist in Form von **Reise-, Umzugs-, Sterbe-Unterstützung** und dergleichen zur Auszahlung gelangt.

Der **Kriegsfonds** des Verbandes wird durch Nebenbesonderer Kriegsbeihilfsfondsmarken aufgebessert. An der Spitze der operativen und Solidarität übenden Mitglieder des Verbandes marschieren im 2. Quartal 1916 die Hamburger Kollegen und Kolleginnen. Diese allein haben im April-Mai-Juni d. J. für Kriegsbeihilfsfondsmarken 2280,25 M. abgeliefert.

# Aus Industrie und Handel.

## Serienbau in der deutschen Schiffsbauindustrie.

Unter der Führung der Hamburg-Amerika-Linie wird eine neue Schiffswerft gegründet, die den Namen: **Hamburger Werft, Aktiengesellschaft**, erhalten und zunächst mit einem Aktienkapital von einer Million Mark ausgestattet werden wird. Sie soll sich mit dem serienweisen Bau von raschen Frachtdampfern gleichen Typs beschäftigen, wie dies bisher in der englischen Werftindustrie der Fall war, während die deutsche den Bau hochwertiger Spezialschiffe pflegte. Durch diesen Serienbau nach einem bestimmten Typ wird der Schiffsbau außerordentlich verbilligt und namentlich die Rumpfschiff jener in- und ausländischen Unternehmungen herangezogen, die ihren Erwerb hauptsächlich in der sogenannten Trampschiffahrt suchen, bei dem Mangel eigenen Schiffsbauwerkes entsprechender Qualität beim Kauf von Schiffen aber vielfach das Ausland aufsuchen mußten. Den Vorschlag im Aufsichtsrat des Unternehmens übernimmt Generaldirektor **Ballin**. Die Geschäftsführung liegt in den Händen des Ingenieurs **Goetgens** und von **E. Warnhoff**. Die Anlagen werden auf dem Gelände **Lohrerort** errichtet.

## Verringerung der Kubanfische in Frankreich.

Nach **L'oeuvre** vom 14. August waren am 1. Mai 1916 gegen das Vorjahr weniger bestellt: mit Korn 513 788 Hektar, mit Hafer 815 179 Hektar, mit Gerste 67 312 Hektar, mit Kartoffeln 2879 Hektar, mit Topinambur 8393 Hektar, mit Futterpflanzen 85 680 Hektar. Nur der Weizenbau hat um 15 343 Hektar zugenommen.

## Kriegsgewinn.

Bei dem **Eisen- und Stahlwerk Hoersch** beträgt für 1915/16 der Rohgewinn 18 001 002 gegen 5 454 494 M., der Reingewinn 9 005 835 gegen 3 784 548 M. und die Dividende 20 Proz.

gegen 12 Proz. Die Abschreibungen betragen 4,2 Millionen (4,3). Je eine Million werden für die Umwandlung der Betriebe in den Friedenszustand und einem Rücklagekonto für Bergschäden überwiesen.

## Wachsende Ausfuhr des spanischen Olivenöls.

„El Porvenir“ (Zaner) vom 28. Juli schreibt: Das spanische Olivenöl hat sich den ausländischen Markt mehr und mehr zu erobern gewagt. In Argentinien zum Beispiel, das im Verhältnis zur Bevölkerung eines der größten Olivenölverbraucher ist, hat das spanische Olivenöl in den letzten fünf Jahren die erste Stelle eingenommen. Argentinien hat in einem Jahre 10 Millionen Liter verbraucht. Spanien hat in drei Monaten des Jahres 1916 46 000 Kisten zu 40 Kilogramm und 1500 Fässer zu 200 Kilogramm ausgeführt und nach den Verträgen über es, als ob für den Rest des Jahres die Ausfuhr noch gewaltiger sein wird.

# Soziales.

## Eine Verordnung des Oberbefehlshabers in den Marken vom Gewerbegericht für ungültig erachtet.

Nachdem durch Bundesratsverordnung der Vertrieb und die Verarbeitung von **Web- und Wirkstoffen** gewissen Einschränkungen unterworfen wurde, die auch eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit in den betreffenden Gewerben zur Folge haben mußten, erließ der Oberbefehlshaber in den Marken im April d. J. eine Verordnung, welche unter anderem in ihrem § 2 bestimmt, daß in den Webstoff verarbeitenden Betrieben in den ersten zwei Monaten nach dem Erlaß dieser Verordnung nicht mehr als  $\frac{1}{20}$  später nicht mehr als  $\frac{1}{10}$  der im Februar in dem Betriebe beschäftigt gewesenen Personen entlassen werden dürfen. Auf diese Bestimmung berief sich ein Kläger vor dem Gewerbegericht, der als **Rügenreicher** bei einem Zwischenmeister gearbeitet hatte und entgegen dem § 2 der Verordnung des Oberbefehlshabers entlassen worden ist. Der Kläger forderte 250 M. Schadenersatz, weil er fünf Wochen arbeitslos war.

Die Verhandlung, welche vor der Kammer 2 unter Vorsitz des Justizrats **Marcelle** geführt wurde, ergab folgenden Sachverhalt: Der Beklagte fertigt seit Beginn des Krieges für zwei Bekleidungsämter Militärmäntel, wozu er die zugeschnittenen Stoffe von den Bekleidungsämtern erhält. Im Februar beschäftigte er 21 Personen. Er hätte also in den ersten zwei Monaten nach dem Erlaß der Verordnung des Oberbefehlshabers — das ist etwa bis Anfang Juni — nicht mehr als eine Person entlassen dürfen. Er hat aber bis Mai 10 Personen, darunter den Kläger als letzten, entlassen. Der Beklagte machte den Einwand, die Verordnung treffe auf seinen Betrieb nicht zu, denn er sei kein selbständiger Unternehmer, sondern Arbeitnehmer des Bekleidungsamtes, das ihm sämtliches Arbeitsmaterial liefere. Schon im Februar sei ihm vom Bekleidungsamt gesagt worden, er solle sich darauf einrichten, daß die Arbeit in absehbarer Zeit aufhöre. Tatsächlich habe er auch weniger Arbeit erhalten und seinen Betrieb deshalb verkleinern müssen. Gegewärtig habe er etwa den dritten Teil des Arbeitsquantums, das er im Februar hatte. Jetzt beschäftige er noch 11 Personen, obgleich er nur für 7 Personen Arbeit habe. Mehr Personen könne er nicht beschäftigen, denn er sei ja kein Fabrikant, der auf Lager arbeiten lassen könne, sondern er habe keine andere Arbeit als die ihm von den Bekleidungsämtern zugeleitete.

Das Gericht erkannte nach sehr langer Beratung auf Abweisung der Klage aus folgenden Gründen: In sich fällt der Betrieb des Beklagten unter die Verordnung des Oberbefehlshabers, denn sie bezieht sich ausdrücklich auf alle Betriebe, in denen Webstoffe verarbeitet werden. Aber es ist zu prüfen, ob die Verordnung rechtsgültig ist. Sie ist erlassen auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand. Sie beruht auf dem Grund, daß der Erlaß erfolgt sei im Interesse der öffentlichen Sicherheit. Das Reichsgericht sieht auf dem Standpunkt, in solchen Fällen habe der Richter nicht nachzuprüfen, ob der Erlaß der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit notwendig war. Diesem Standpunkt des Reichsgerichts kann sich das Gewerbegericht nicht anschließen. Die Ausführungen des Reichsgerichts erscheinen nicht überzeugend. Sie würden zu der Konsequenz führen, daß die militärischen Befehlshaber unter Berufung auf die öffentliche Sicherheit alles Mögliche verordnen könnten, wodurch die durch die Verfassung des Reiches eingeführten gesetzgebenden Instanzen: Bundesrat und Reichstag, überflüssig würden. Diese Konsequenz glaubt das Gewerbegericht ablehnen zu müssen. Die Konsequenzen, die sich aus § 2 der Verordnung des Oberbefehlshabers ergeben sind derart, daß das Gericht ihm die Rechtsgültigkeit abprechen muß. Wenn die Verordnung ein Verbot auf Grund des Belagerungsgesetzes ist, so würde der Beklagte, der zu Arbeiterentlassungen gezwungen ist, weil er keine Arbeit hat, sich eines Vergehens schuldig machen, welches mit Gefängnis bestraft wird. Würde aber der Beklagte gezwungen sein, Arbeiter zu behalten für die er keine Beschäftigung hat, so würde er ruiniert werden. Das ist schon ausreichend, um hinter den § 2 der Verordnung ein großes Fragezeichen zu setzen. Aber die Arbeitgeber, deren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Arbeiter, für die sie keine Beschäftigung haben, zu bezahlen, werden durch den § 2 zu unmöglichen Leistungen verpflichtet. Das sind Konsequenzen, die mit der Rechtsauffassung des Gerichts in Widerspruch stehen und es dazu führen, dem § 2 der Verordnung die Rechtsgültigkeit abzupprechen. Mit dem übrigen Teil der Verordnung hat sich das Gericht nicht zu befassen.

Die Voraussetzung des Urteils, daß Arbeitgeber durch Befolgung der Vorschrift des § 2 der Verordnung ruiniert

werden können, trifft nicht zu. Denn es wird ja nicht verlangt, daß Arbeiter, die nicht beschäftigt werden, ihren Lohn erhalten. Der Zweck der Verordnung ist vielmehr der, zu verhindern, daß ein Teil der Arbeiter völlig arbeits- und verdienstlos wird, während der andere Teil mit vollem oder wenig gekürztem Verdienst in Arbeit bleibt. Die vorhandene Arbeit soll unter die Arbeiter möglichst gleichmäßig verteilt werden, so jedem ein, wenn auch erheblich geschwächertes Einkommen bleibt. Das ist der Sinn der Verordnung, mit dem man auch in Arbeiterfreigen einverstanden ist. Der durch die Arbeitsbeschränkung bedingte Lohnausfall soll — wie es zum Teil schon geschieht und im weiteren Maße von der Arbeiterschaft gefordert wird — durch Unterstützung aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden. Das Urteil ist unseres Erachtens ein Fehlurteil und dürfte schwerlich in der Berufungsinstanz aufrechterhalten werden können.

# Gerichtszeitung.

## Aushebung einer Blinden.

Dieses Mißgeheim mußte die Rentenempfängerin **Marianne Horowska** erleben, die gestern unter der Anklage des Diebstahls vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I stand.

Die Angeklagte ist eine vollständig erblindete Person, die täglich von morgens bis abends vor der Markthalle in der Lindenstraße steht und einen kleinen Handel mit Schinkenbrettern betreibt. Da sie ganz allein dasieht und als Blinde natürlich einer Hilfe bedarf, hatte sie sich dem „Arbeiter“ **Huy** angeschlossen und war schließlich mit ihm zusammengezogen. Damit begann, wie die Angeklagte unter Tränen und allen Zeichen der Aufrichtigkeit dem Gericht schilderte, für sie eine wahre Leidenszeit. Was sie an ständiger Unterstützung bezog, durch ihre Handel erwarb oder an Gaben empfing, hat er ihr nach ihrer Behauptung abgenommen. Er führte sie nur morgens an ihren Platz vor der Markthalle und holte sie abends wieder ab. Dann machte er mit ihr „Kasse“ und stredte das Geld in seine Tasche, ebenso die Rente, die er monatlich für die Frau abholte. Wie sie sagte, erhielt sie nicht einen Pfennig, sondern nur ein bißchen Essen. Sie will von ihrem „Beschützer“ auf das brutalste mißhandelt worden sein. Schläge waren an der Tagesordnung, ja, manchmal soll er sie an der Brust durch das Zimmer geschleift und nachts im Hinterhof aus der Kellerwohnung geworfen haben, so daß sie bei einem hilfsbereiten Nachbar übernachten mußte. Schließlich konnte sie dieses Leben nicht mehr ertragen. Sie wollte ihren Pfennig verlassen, und da sie kein Geld besaß, nahm sie unter Verstand eines Nachbarn aus einem Keiselerb, der aufgeschnitten wurde und aus einer Kiste etwa 100 M. an sich und ließ sich fortführen. Er ging darauf zur Polizei und zeigte die Blinde wegen schweren Diebstahls an. Der Staatsanwalt beantragte selbst gegen sie die Freisprechung, da er ihren Angaben vollen Glauben schenkte und zu ihren Gunsten annahm, daß sie sich für berechtigt halten konnte, das genommene Geld als von ihr verdient und somit als ihr eigenes zu betrachten. Das Gericht erkannte gleichfalls ohne Zeugenvernehmung auf Freisprechung. Die Blinde sammelte herzliche Dankesworte, als sie hinausgeführt wurde.

Wird nun der sogenannte „Arbeiter“ **Huy** unter Anklage gestellt werden?

## Ueberforderung für Kleiderstoffe.

Die Preisbeschränkung im Handel mit **Web-, Wirk- und Strickwaren** bewirkt eine Anordnung des Oberkommandos in den Marken, die auf Grund des § 9b des Belagerungsgesetzes am 1. Februar 1916 ergangen war und welche bestimmt: „Der Verkäufer darf für diese Waren keinen höheren Preis vereinbaren, als er am 31. Januar 1916 bei gleichen oder ähnlichen Verläufen erzielt hat.“ Gegen die Anordnung sollte sich Herr **Blum** in Berlin vergangen haben. Eine Frau wollte in seinem Geschäft nach einer Probe zwei Meter Kleiderstoff kaufen. Der Stoff war mit 5,50 M. pro Meter ausgezeichnet und diesen Preis hatte die Verkäuferin von der Frau verlangt. Als die zwei Meter bereits abgemessen waren, kam der Geschäftsinhaber **Blum** hinzu und sagte zu der Verkäuferin, daß er doch angeordnet habe, die Preisbeschränkung solle in 8 M. umgewandelt werden. Zu der Käuferin sagte **Blum**: Der Stoff kostet jetzt 8 M. Die Zahlung dieses höheren Preises lehnte die Käuferin ab.

Das Landgericht Berlin sprach den Angeklagten frei, weil die Bekanntmachung des Oberkommandos Vereinbarungen eines zu hohen Preises, nicht aber das bloße Fördern verbiete. Das Kammergericht hob jetzt auf die Revision der Staatsanwaltschaft das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Es führte aus: Dem Landgericht sei allerdings darin beizutreten, daß eine Vereinbarung über einen zu hohen Preis nicht zustande gekommen sei. Die Strafkammer habe aber nicht beachtet, daß sich nach § 9b des Belagerungsgesetzes auch strafbar mache, wer zur Uebertragung von Anordnungen, die auf Grund dieses Paragraphen ergangen seien, auffordere oder anreize. Wenn **Blum** die Käuferin zur Vereinbarung eines höheren Preises, als zulässig war, anzureizen wollte, dann hätte er sich dadurch nach § 9b strafbar gemacht. Die Möglichkeit sei nicht ausgeschlossen, wenn auch das Geschäft zwischen Frau **B.** und der Verkäuferin zu dem geringeren Preise schon perfekt war. Denn da der Stoff der Käuferin noch nicht übergeben war, so konnte noch eine andere Vereinbarung erfolgen. — Die Sache müsse darum das Landgericht noch mal beschäftigen.

# Sind Augengläser schädlich?

Nur, wenn sie schief sitzen, nicht passen oder verkratzt sind.

Ein schief hängendes Bild ist den meisten Menschen ein Grauel; aber wenn deren Gläser in unzulässiger Stellung vor den Augen sitzen, so finden sie nichts dabei. Doch können darunter die Augen leiden. Meist wird dadurch Ermüdung und Nervosität begünstigt. Sogar die Gläser schlecht, so ist dies ebenso nachteilig, als wenn sie schlecht passen. Aber häßlich und schädlich sind zerkrümmte Gläser, die nicht mehr passen und schief sitzen.

Sie haben elegante, fest und gut sitzende Augengläser, deren Stellung vor den Augen wie Ihnen ebenso genau anpassen werden wie die Gläser, die

wir Ihnen auf Grund sorgfältiger Untersuchung fertigen.

Vielleicht genügt es schon, wenn Sie sich ein Paar neue, punktuell abbildende Punktorglaser für M. 3.— oder ein Paar Senostopglaser für M. 6.— in Ihre alte Fassung setzen lassen. Wir richten Ihnen dann das Gestell, wenn irgend möglich, genau grade und sorgen gewissenhaft für schönen Sitz. Wir garantieren für passende Gläser sowie für guten Sitz und für die Haltbarkeit der Fassung.

Ihr Augenlicht ist unerlässlich. Bringen Sie es nicht in Gefahr, nur um eine kleine Ausgabe für neue Gläser zu ersparen, sondern

besuchen Sie uns recht bald.

# Optiker Ruhnke

Neu: Joachimsthaler Str. 2, am Zoo.

- |  |   |  |
|--|---|--|
| C. Am Alexander-Platz neben Klinger                                | W. Leipziger Str. 113, Ecke Rauer-Str.  | NW. Friedrich-Str. 150, Ecke Dortheen-Str. |
| Friedenau: Rhein-Str. 18, Ecke Str.-Str. gegenüber der Kaiser-Str. | SO. Oranien-Str. 44, nahe Oranien-Platz | N. Chaussee-Str. 72                        |
|  | Friedrich-Str. 180, Ecke Tauben-Str.    | Jubaliden-Str. 104, Ecke Brunnen-Str.      |

- Charlottenburg:  
Zauengien-Str. 15, Ecke Rindberg-Str.  
Joachimsthaler Str. 2, am Bahnhof Zoo.

# Chronik des Weltkrieges.

25. August 1914.

Vier Forts der Festung Namur sind in deutschen Besitz gefallen. Die Oesterreicher bringen beiderseits der Weichsel vorwärts. Westlich des Flusses überschreiten österreichische Truppen im Anschluß an die deutschen Verbündeten die Lysagora und erreichten den Abschluß des Kamionkaflusses zwischen Kieze und Rodom. Westlich der Weichsel warfen österreichische Streitkräfte auf dem Wege nach Lublin bei Krasnik eine starke Gruppe zweier russischer Korps zurück. Ueber 1000 Russen wurden gefangen genommen.

Ein russischer Vorstoß, der mit 20 000 Mann gegen die Grenze der Bukowina unternommen wurde, konnte vollständig zurückgeschlagen werden. Auch hier verloren die Russen mehrere hundert Gefangene.

Nach einer verspätet aus Schweden eintreffenden Meldung ist das britische Expeditionskorps in Frankreich bei Boulogne gelandet worden.

25. August 1915.

In der Champagne und den Vogesen Stellungskrieg. Im Osten weiterer Vormarsch der deutschen und österreichischen Armeen. Ueber 9000 Gefangene werden eingebracht. An den Dardanellen vergebliche Angriffe der Ententegruppen bei Anaforta und Kripogno. An der serbischen und montenegrinischen Grenze Geplänkel und Artilleriefeuer.

## Die Kriegsziele des „Unabhängigen Ausschusses“

Der „Unabhängige Ausschuss“ Professor Schäfers sendet eine Flugchrift, in der zusammfassend seine Kriegsziele festgelegt werden. Wir entnehmen darüber dem „Berl. Tageblatt“ folgendes:

„Wir wissen“, heißt es in dem Aufruf, „daß Rußlands gewaltig wachsende Volkszahl uns künftig zu erdrücken droht. Mit dem Reichskanzler wollen wir daher die Länder zwischen der Baltischen See und den Wolhynischen Sümpfen seiner Herrschaft entziehen. Eingebunden in den deutschen Machtbereich, werden sie unserer Ostgrenze die unentbehrliche militärische Sicherung geben.“

Mit Frankreichs Nachgedanken müssen wir fortgesetzt rechnen, mit der Gefahr, daß es sich immer wieder jedem Segner Deutschlands zuwenden wird. Darum brauchen wir auch im Westen gegen Frankreich eine Wehrung unserer Macht. Sie allein gibt uns gleichzeitig Gewähr, daß unseres Hauptfeindes England neidvolle Eifersucht nicht wieder unsere friedliche Entwicklung bedroht und löst. Belgien kann nur deutsches oder englisches Volkswort sein. Daher fordern wir auch hier mit dem Reichskanzler „reale Garantien“ für die deutsche Zukunft. Als Wortführer der großen Mehrheit des Reichstages hat der Abgeordnete Spahn diese dahin umrissen, daß Belgien „militärisch, wirtschaftlich und politisch in deutsche Hand zu liegen kommen“ müsse. Nur so erringen wir uns Gleichberechtigung in der Welt. Nur so gewinnen wir die Freiheit der Meere, nur so gewinnen wir uns koloniale Macht.

Mit politischem und wirtschaftlichem Gelotement bedrohen uns die offenen Pläne Englands. Es geht um unser Leben als Volk und Staat, um unsere Kultur und Wirtschaft. Darum gilt es, alle Macht- und Kampfmittel rückwärtslos einzusetzen, um den Feind zum Frieden zu zwingen. Um die geforderte Arbeit des Landmannes, um die freie Betätigung des Handwerks, um die Weiterentwicklung der Industrie, und nicht zuletzt um die Erhaltung und Besserung der Lebensbedingungen des deutschen Arbeiters geht unser Kampf.“

Unterzeichnet ist der Aufruf von einer Reihe Parlamentarier, Gelehrter, Beamter, ehemaliger Offiziere, Industrieller, Rittergutsbesitzer, Dekonominerter und Publizisten, unter anderem von dem Mitgliede des Herrenhauses, Professor Hillebrandt, dem bayerischen Reichsratsmitglied Graf Freytag, dem Reichs- und Landtagsabgeordneten Dr. Köpcke, dem Führer des Bundes der Landwirte, von dem Herrenhausmitgliede Fürst zu Salm-Horstmar, dem nationalliberalen sächsischen Landtagspräsidenten Vogel, dem Reichstagsabgeordneten Stresemann, ferner von Ernst Haackel (!) und Wilhelm Wundt (!), Professor Eduard Mayer, Professor Kräpelin, Professor Schiemann, Professor Seeberg, Oberbürgermeister Körte (Königsberg), Admiral v. Knorr, Generalleutnant z. D. Graf Noon, Konteradmiral Kalau vom Hofe, Staatssekretär a. D. v. Lindequist, Geheimrat Kirdorf, Generalsekretär Dr. Veumer (Düsseldorf) und endlich von den Chefredakteuren der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Täglichen Rundschau“ sowie von dem Grafen Reventlow. —

Sobiel über den Inhalt und die Unterzeichner des Aufrufes. Unter den letzteren finden wir die führenden Männer der Wirtschaftsverbände, wie Dr. Köpcke, Geheimrat Kirdorf, Abg. Stresemann; Unterzeichner der sogenannten Professorenrede, wie Prof. Seeberg und Prof. Schäfer, Teilnehmer der alldeutschen Audienz bei König Ludwig von Bayern, wie überhaupt Vertreter der sogenannten Münchener Stützfronte; Vertreter der Hauptorgane der alldeutsch-annexionistischen Richtung — mit einem Wort: sämtliche Elemente, die seit Monaten im Sinne einer „kraftvollen“ Eroberungspolitik tätig sind und offen wie insgeheim darauf hinarbeiten, die Reichsleitung unter ihren Willen zu beugen. Hierbei können sich diese Elemente bei der Formulierung ihrer Kriegsziele mit einer gewissen Berechtigung sowohl auf den Reichskanzler wie auf den Abg. Spahn als den Sprecher der bürgerlichen Parteien im Reichstage berufen. Von der „mittleren Linie“ des Nationalauschusses, von der man annehmen darf, daß sie jetzt den Anschauungen des Reichskanzlers wie des Wortführers des Zentrums eher entspricht als den früheren Deklarationen im Reichstage, unterforderten sich die Kriegsziele des „Unabhängigen Ausschusses“ einerseits in den Forderungen gegenüber Frankreich und Belgien, andererseits in der Betonung der Niederringung Englands durch rückwärtslose Einsetzung „aller Macht- und Kampfmittel“. Nach dem Osten schließt sich der „Unabhängige Ausschuss“ den vom Reichskanzler proklamierten Zielen an, woraus freilich nicht folgert werden darf, daß in dem aus der gegenwärtigen politischen Lage sich ergebenden Programm nach Osten hin zwischen der Reichsleitung und den „Unentwegten“ volle Uebereinstimmung herrscht. Dies zur vorläufigen Orientierung über die politische Bedeutung des

dargelegten Eroberungsprogramms, das zu den Zielen, Wünschen und Interessen der werktätigen Bevölkerung in denkbar schärfstem Gegensatz steht.

## „Rechtsorientierung“ und Wahlrecht.

Herr Dr. Friedrich Thimme, Bibliothekar des Herrenhauses, verteidigt sich in den „Grenzboten“ gegen die mannigfachen Vorwürfe, die ihm von konservativer Seite wegen der Herausgabe des Buches der Zwanzig, an dem bekanntlich die Genossen Scheidemann, Winnig, Legien, Heinrich Schulz u. a. mitgearbeitet haben, gemacht worden sind. Im Verlaufe seiner Darlegungen kommt er dann auf die Frage des preussischen Wahlrechts zu sprechen und macht Vorschläge zu einer Wahlrechtsreform, die sich nicht etwa in die Richtung des Reichstagswahlrechts, sondern in der des Pluralwahlrechts bewegen. Jeder Wähler über 25 oder auch über 21 Jahren soll noch eine bis fünf Zusatzstimmen bekommen, und zwar in Abhängigkeit von der Leistung der militärischen Dienstpflicht, der Zahl der ehelichen Kinder oder militärdiensttauglichen Söhne, des mehr als zehnjährigen ehrenamtlichen staatlichen oder kommunalen Dienstes, der mehr als zehnjährigen Beitragszahlung als Arbeitgeber für Sozialversicherung und der mehr als zwanzigjährigen Beitragszahlung als Arbeiter für dieselben Zwecke, endlich in Abhängigkeit von der mehr als zehnjährigen nicht zu niedrigen direkten Steuerleistung. Trotz des ausgesprochen plutokratischen Charakters einiger dieser Vorschläge, die in ihren Einzelheiten noch dem Großgrundbesitz besonders entgegenkommen, meint Herr Thimme, daß mit der Verwirklichung dieser Vorschläge der Klassencharakter und die plutokratische Tendenz des heutigen Wahlrechts beseitigt sein würde. Er glaubt — und wohl nicht mit Unrecht —, daß alle bürgerlichen Parteien mit einem solchen Wahlrecht zufrieden sein würden und appelliert besonders an die Konservativen, bei einer solchen Reform mitzutun:

„Ich wünsche — schreibt er — der konservativen Partei aus aufrichtigem Herzen eine große Zukunft. Wie waren die Aussichten dazu günstiger. Besser wie je strahlten die drei konservativen Hauptideale: Monarchie, Christentum, Staatsautorität am Himmel des deutschen Volkes. Auch in der Anwendung der Sozialdemokratie zur Staatsgewinnung und Staatsbeherrschung liegt doch, genau genommen, eine gewaltige Rechtsorientierung. Rechtsorientierung könnte das Kennwort unserer ganzen innerpolitischen Zukunft sein. Aber es kann nur Wirklichkeit und Wahrheit werden, wenn auch die konservative Partei bedenkt, was zu ihrem Frieden dient, der zugleich der innere Frieden des deutschen Volkes, gegenseitiges Vertrauen und Vertrauen im Sinne unseres Kaisers und Königs ist.“

In dieser Mahnung an die Konservativen tritt der Zweck der dargelegten Vorschläge so eindeutig hervor, daß jeder Kommentator überflüssig ersieht. Bloß zur Illustration des Abstandes zwischen dem Programm des Herrn Thimme und den Anschauungen, die nicht etwa von uns, sondern von liberalen Vätern vertreten werden, sei nachstehend wiedergegeben, was die „Frankfurter Zeitung“ anknüpfend an die Rede Heidebrands über die Wahlrechtsreform sagt:

„Herr v. Heidebrand sprach von einer Anpassung an die veränderten Verhältnisse, fügte dann aber gleich hinzu, es müsse ein der Eigenart der preussischen Einrichtungen, dem ganzen Volkstum angepaßtes Wahlsystem erhalten bleiben. Das bedeutet die Ablehnung einer grundlegenden Aenderung, während eine Anpassung an die veränderten Verhältnisse selbst vom konservativen Standpunkt aus einer Veränderung der ganzen ökonomischen Struktur, der immer stärkeren industriellen Entwicklung und so einer großen Bevölkerungsvermehrung Rechnung tragen und damit ohne weiteres zu einer Aenderung des gar nicht mehr haltbaren Systems gelangen müßte.“

Die Selbständigkeit der Einzelstaaten würde durch ein geordnetes freies Wahlrecht nicht beeinträchtigt werden.

Leiden kann darunter höchstens der übergroße Einfluß einer Partei, die durch ein in die politische Kammer gehörendes Wahlrecht weit mehr Geltung hat, als ihrer Anhängerschaft im Lande und ihrer Bedeutung für den Staat entspricht. Wollten die Konservativen an einem unserem gesamten Volkstum angepaßten Wahlsystem mitarbeiten, so müssen sie sich entschließen, es so freihändig und gerecht gestalten zu helfen, daß auch wirklich alle Teile des Volkes damit vollwertig ihre Mitwirkung am Staat bekunden können. Nicht eine an der Oberfläche haftende Reform, sondern eine solche, welche die bringend notwendigen Aenderungen schafft, ist erforderlich, eine Reform, die den Gedanken der vollen Anteilnahme aller Kreise und Verufe am Staatsleben verwirklichen hilft. Wenn die Konservativen nicht dazu mitwirken, dann wird die Reform eben gegen sie gemacht werden müssen.“

Das ist auch unsere Meinung, die klipp und klar auszusprechen für die unvermeidliche innerpolitische Umgestaltung weit förderlicher ist, als alles gutgemeinte Jureden und alle durchsichtigen Spekulationen auf die „Rechtsorientierung“ der Sozialdemokratie.

## Vom militärgerichtlichen Verfahren.

Das kriegsgerichtliche Verfahren kennt zwei Arten von Verfahren: Das Verfahren vor einem Standgericht und das vor einem Kriegsgericht.

Die Standgerichte sind für die Strafsachen der niederen Gerichtsbarkeit und die im Feld oder an Bord ihnen überwiesenen Vergehen zuständig. Die niedere Gerichtsbarkeit umfaßt die nur mit Arrest bedrohten militärischen Vergehen sowie die Uebertretungen. Das Standgericht darf auf keine höhere Strafe als auf Freiheitsstrafe bis zu 6 Wochen oder auf Geldstrafe bis 150 M., im Feld oder an Bord neben Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenstandes nicht über 3 Monate und Geldstrafe bis 300 M. erkennen. Das Standgericht besteht aus drei Richtern: einem Stabsoffizier als Vorsitzendem, einem Hauptmann und einem Oberleutnant. Die Verurteilung von den Standgerichten geht an die Kriegsgerichte. Diese bestehen aus fünf Richtern (einem Kriegsgerichtsrat und vier Offizieren).

Die Kriegsgerichte entscheiden in erster Instanz in den Strafsachen, für die die Standgerichte nicht zuständig sind. Wenn der Gerichtsherr annimmt, daß auf Todesstrafe oder auf Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten zu erkennen ist, so werden die Kriegsgerichte aus zwei Kriegsgerichtsräten und drei Offizieren zusammengesetzt. Die Verurteilung gegen ein Urteil des Kriegsgerichts geht an das Oberkriegsgericht. Die Oberkriegsgerichte bestehen aus zwei Oberkriegsgerichtsräten und

fünf Offizieren. Als Offiziere sind, wenn der Angeklagte ein Gemeiner oder ein Unteroffizier ist, zu berufen: ein Oberleutnant, zwei Majore, ein Hauptmann oder Rittmeister und ein Oberleutnant. Gegen ein Urteil des Oberkriegsgerichts findet Revision an das Reichsmilitärgericht statt. Die Senate der Reichsmilitärgerichte entscheiden in der Besetzung von vier militärischen Mitgliedern (mindestens im Range der Stabsoffiziere) und drei juristischen Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden. Die Besetzung findet jedoch mit drei militärischen und vier juristischen Mitgliedern statt, wenn die Revision lediglich auf die Verletzung prozessualer Vorschriften, einer Vorschrift oder eines Rechtsgrundsatzes der allgemeinen bürgerlichen Gesetze gestützt wird.

Die Revision kann nur darauf gestützt werden, daß das Urteil auf einer Gesetzesverletzung beruhe. Gesetzesverletzung liegt vor, wenn eine ausdrückliche Vorschrift der Gesetze oder ein Rechtsgrundsatz oder eine militärische Dienstvorschrift oder ein militärdienstlicher Grundsatz nicht oder nicht richtig angewendet worden ist.

Als Strafrecht kommt vor den Militärgerichten neben dem allgemeinen Strafgesetzbuch das Militär-Strafgesetzbuch in Anwendung. Zum Beispiel kommen vor einem Kriegsgericht bei einem Verfahren wegen Landesverrats Vorschriften des Militär-Strafgesetzbuchs und des allgemeinen Strafgesetzbuchs in Anwendung:

§ 57 des Militär-Strafgesetzbuches lautet: Wer im Felde einen Landesverrat begeht, wird wegen Kriegsverrats mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.

Nach dem auch auf das Militärstrafgesetzbuch geltenden § 44 des Strafgesetzbuchs ist das verurteilte Verbrechen milder zu bestrafen als das vollendete. Die Strafe kann bis auf ein Viertel des Mindestbetrages der auf das vollendete Verbrechen oder Vergehen angeordneten Strafe ermäßigt werden.

§ 9 des Einführungsgesetzes zum Militärstrafgesetzbuch bestimmt unter anderem: Die in diesem Gesetz dem Militärstrafgesetzbuch für strafbare Handlungen im Felde gegebenen Vorschriften (Kriegsgesetze) gelten für die Dauer des nach Vorschrift der Gesetze erklärten Kriegszustandes in den davon betroffenen Gebieten.

Ueber Landesverrat bestimmt das Allgemeine Strafgesetzbuch in § 80:

Ein Deutscher, welcher vorsätzlich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub leistet oder der Kriegsmacht des Deutschen Reiches oder der Bundesgenossen desselben Nachteile zufügt, wird wegen Landesverrats mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft bis zu zehn Jahren ein. Neben der Festungshaft kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Ämter sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

Ueber die Wirkung der Zuchthausstrafe bestimmen für das Militärstrafgesetzbuch und für das allgemeine Strafgesetzbuch gleichmäßig §§ 31, 32 und 33 des allgemeinen Strafgesetzbuchs:

§ 31. Die Verurteilung zur Zuchthausstrafe hat die dauernde Unfähigkeit zum Dienste in dem deutschen Heere und der kaiserlichen Marine sowie die dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter von Rechts wegen zur Folge. Unter öffentlichen Ämtern im Sinne dieses Strafgesetzes sind die Advokatur, die Anwaltschaft und das Notariat sowie der Geschwornen- und Schöffendienst mitinbegriffen.

§ 32. Neben der Zuchthausstrafe kann auf den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§ 33. Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bewirkt den dauernden Verlust der aus öffentlichen Wahlen für den Verurteilten hervorgegangenen Rechte.

Eine Verurteilung eines Abgeordneten auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte würde also für den Abgeordneten den Verlust des Mandats zur Folge haben. (z)

## Das tägliche Brot.

Eine Beschwichtigungsrede Stegerwalds in Offen.

Das Mitglied des Kriegsernährungsamtes, Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Stegerwald hielt in einer von etwa 2000 Männern und Frauen besuchten Verbraucherversammlung in Offen einen Vortrag über die Ernährungspolitik im Kriege. Die Rede des Herrn Stegerwald lief selbstverständlich auf eine Glorifizierung des Kriegsernährungsamtes hinaus, das er vor allem von der Schuld an den festgesetzten hohen Kartoffelpreisen zu entlasten suchte. Im übrigen versprach er, daß für die mitterbemittelten Schichten der Bevölkerung im kommenden Winter unter allen Umständen eine Erleichterung in der Beschaffung von Lebensmitteln kommen wird, sei es durch eine Staffelung von Lebensmittelpreisen nach Einkommensstufen oder durch Reichsgutscheine bei solchen notwendigen Lebensmitteln, die an sich sehr hoch im Preise stehen, deren Preise aber nicht plötzlich gesenkt werden können.

Zum Schluß gab er die Parole aus: Durch Entbehrung und Kampf zum endgültigen Sieg! In der Aussprache, die auf die Rede Stegerwalds folgte, fielen scharfe Worte gegen die Spekulanten und Wucherer. Weiter beachtet die „Kölnische Zeitung“, der wir die obigen Mitteilungen entnehmen: Die Aussprache benutzten radikale Genossen zu Streifzügen nicht bloß in das Gebiet wirtschaftlicher Probleme, sondern auch in das Gebiet von Politik und Kriegszielen. Die Freunde dieser Redner, eine kleine Gruppe von etwa 200 Männern und Frauen, unterbrachen alle Sprecher mit Rärm und Zwischenrufen und verließen, als Stegerwald das Schlußwort nahm, unter neuem Rärm den Saal.

Da uns kein parteigenössischer Bericht über den Verlauf der Essener Versammlung vorliegt, vermögen wir nicht zu sagen, inwieweit die obige Darstellung in allen Einzelheiten zutrifft. Jedenfalls zeigt aber auch sie, daß die Rede des Herrn Stegerwald in der Versammlung keineswegs helle Begeisterung ausgelöst hat.

## Aus der Partei.

Sozialdemokratische Kundgebungen.

Im vollständig überfüllten Verlesersaal in Nürnberg sprach Genosse Dr. David Berlin vor mehr als 3000 Versammelten über die Friedensziele der Sozialdemokratie. David schloß mit der Hoffnung, daß durch diesen Krieg die Friedenssehnsucht in Millionen wächst und gestärkt worden ist und daß dieser Krieg der letzte gewesen sein möge. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Eine imposante Friedenskundgebung fand im städtischen „Deutschhaussaal“ in Aschaffenburg statt. Als Redner war Reichstagsabgeordneter Schöcherl erschienen. Die Versammlung, die fast von bürgerlichen Kreisen besucht war, nahm einstimmig die vorgelegte Resolution an.

In Lützenwalde sprach am Mittwoch vor einer überaus stark besetzten Versammlung Reichstagsabg. Müller-Berlin über Volksernährung und Frieden. Die Versammlung stimmte den

Ausführungen des Redners, die sich im Rahmen des Aufzuges des Parteivorstandes bewegten, lebhaft zu.

In einer Volksversammlung, die am Sonntag in W 3 (Bezirk Niederrhein) tagte, wurde die vorgeschlagene Resolution, die unsere Friedensforderungen enthielt, einstimmig angenommen.

**Mandatniederlegung.** Genosse Peter, von dem wir berichteten, daß er sein Mandat zur Stadtverordnetenversammlung niedergelegt hat, war nicht in Dargitz, sondern in Elding Stadtverordneter.

**Strafkantz der Parteipresse.** Der verantwortliche Redakteur der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung, Genosse König, wurde von der Strafkammer in Kiel wegen Verleumdung des Flensburgers Magistrats zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

## Aus Groß-Berlin. Eine Stange Gold.

Wie man eine Stange Gold verdienen kann, erzählt und im Inzeratenteil des „Berliner Tageblatt“ eine chemische Fabrik in der Biblicinstrasse. Diese Firma empfiehlt Rezepte und Anleitung zur Herstellung von allen möglichen Ertragmitteln, denn wir leben im Zeichen der Surrogate. Die Firma hat für die einzelnen Rezepte einen bestimmten Tarif aufgestellt. Mit einem Pfennig fängt es an, nämlich ein Rezept für Backpulver. 3 Pfennige kosten Rezepte für Herstellung von Himbeersaftzucker und Puddingpulver. Für 10 Pfennige sind Rezepte zu haben, die angeben, wie Benzoin-Ertrag, Brühwürfelpulver, Gulasch-Tunke (Ers. Pulver), und Würfelbrot und Sauerbraten hergestellt werden. Dann steigen aber die Rezeptpreise wie folgt: Salatsoße, Delfrei 7,50, Leber-Öl 10,00, Backpulver od. Weinstein 7,50, Pa. Meißner (Kalkstein) 5,00, Weichsoda 3,00, Butterflockpulver 5,00, Fußboden-Öl-Ertrag 12,50, Hirn-Ertrag od. Öl 10,00, Stumpfmalz, Brottaustr. 10,00, Honig, süßig 5,00, Honig, schmalzartig 5,00, Honig, fest, Würfelbrot, 7,50, Backpulver-Ertrag für Konditoreien, Wäcker 10,00, Vanillin-Zucker 3,00, rote Gräse 5,00, Narmelade-Pulver 3,00, Bouillonwürfel 15,00, Soda-Ertrag 10,00.

Eine Stange Gold wird im vorliegenden Falle sicher verdient werden — von dem Herausgeber der Rezepte, wenn sich genügend Abnehmer finden.

### Aus dem Kinderkrankenhaus der Stadt Berlin.

Das Berliner Kinderkrankenhaus in der Reinickendorfer Straße hatte in dem Verwaltungsjahr 1. April 1914 bis 31. März 1915, aus dem erst jetzt der ärztliche Jahresbericht über die Krankenhäuser der Stadt vorliegt, unter den Säuglingen eine ungewöhnlich große Sterblichkeit. An der Gesamtzahl der Kranken dieser Anstalt waren die Säuglinge in 1914/15 mit 911 beteiligt, das ist merklich mehr als in 1913/14 und in 1912/13, wo 797 und 765 Säuglinge behandelt wurden. Noch stärker haben sich die Sterbefälle von Säuglingen gemehrt: es starben diesmal 888 Säuglinge, gegenüber 285 und 222 in den beiden vorhergehenden Jahren. Die Sterblichkeit der Säuglinge stellt sich für 1914/15 auf 80 1/2 Proz. der Behandelten, für die beiden vorhergehenden Jahre auf 20 1/2 Proz. und 29 Proz. Sehr groß ist immer wieder die Zahl derjenigen Säuglinge, die schon in den allerersten Tagen ihres Krankenhausaufenthaltes sterben. Am ersten, am zweiten, am dritten Tage starben in 1914/15: 107, 84, 18, zusammen 159 von überhaupt 888 Gestorbenen, in 1913/14: 60, 53, 14, zusammen 107 von überhaupt 285 Gestorbenen, in 1912/13: 89, 81, 23, zusammen 93 von überhaupt 222 Gestorbenen. Man sieht, daß besonders die Sterbefälle des ersten Tages sich sehr stark gemehrt haben. Daß so viele Säuglinge so rasch hingerafft werden, liegt gewiß nicht an Mängeln der Krankenhauspflanze, wie das vielleicht mancher meinen möchte. Es erklärt sich zum Teil aus der Art der Krankheiten, die ja bei Säuglingen oft sehr schnell eine schlimme Wendung nehmen. Zum anderen Teil aber wird man eine Ursache auch darin sehen müssen, daß leider viele Kinder bei Erkrankungen viel zu spät in einem Krankenhaus untergebracht werden. Es scheint, daß in 1914/15 solche Verzögerungen, die übrigens keineswegs immer den Angehörigen zur Last zu legen sind, noch häufiger als sonst vorkamen. Da wäre es dann kein Wunder, daß die schon am ersten Tage nach der Aufnahme eingetretenen Todesfälle sich so stark gemehrt haben und daß die Gesamtsterblichkeit der in dem Kinderkrankenhaus behandelten Säuglinge sich beträchtlich gesteigert hat. Über worauf sonst hätte man diese ungünstigen Ergebnisse zurückzuführen?

Die Bureauzeit der Protokollkommissionen ist an den Nachmittagen in der Woche von 5—8 Uhr anstatt wie bisher um 7 Uhr, Sonntags von 1/2 9—1/2 12 Uhr festgesetzt. Demnach hat unsere neuliche Anregung sofortige Berücksichtigung gefunden.

Die Explosion in der Wallstraße 95 in Charlottenburg hat leider noch zwei weitere Opfer gefordert. Die Geschwister Erwin und Erna Wichter sind ihrer Mutter und ihrem Bruder Hermann in den Tod gefolgt. Das Befinden der übrigen Verletzten war gestern schon etwas besser, aber bei einigen die Lebensgefahr noch nicht ausgeschlossen. Mit der Aufhebung der Inhaftnahme ist begonnen worden. Zunächst ist ein Gerüst am Haus und der Giebelwand errichtet, um das Dach zu stützen. Sodas die Stützen angebracht sind, sollen die Trümmer mit dem Schutt und Balken usw. aus dem zweiten und dritten Stock entfernt werden, um die Leiche der vermißten Klara Weich zu bergen. Die 22 Mieter des Hauses haben bis auf einige das Grundstück räumen müssen. Sie sind anderwärts untergebracht worden.

Geschäftskauf für die Arbeitslosenversicherung der Stadt Berlin für die Woche vom 7. bis 13. August 1914.

Bei den 23 städtischen Geschäftshäusern sind 151 Gesuche eingegangen; es wurden abgelehnt 80, an die Landesversicherungsanstalt Berlin verwiesen 8, bewilligt 108, angefallen aus der Unterhaltung überwiegend wegen Wiedereintritts in Arbeit oder Erwerb) sind 113 Personen. 167 männliche und 2307 weibliche Personen bezogen Unterstützung im Gesamtbetrag von 10 088 M., davon je 4 M. 2262 Personen, je 5 M. 162 Personen.

Von der Stadt wurden an 208 Mitglieder von 15 Arbeiter- und Angestellten-Organisationen, die selbst sachgemäß Unterstützung gewährten, Zuschläge im Gesamtbetrag von 990,88 M. gezahlt. Hieron trafen auf die freien Gewerkschaften 257 Mitglieder mit 810,55 M. (und zwar Metallarbeiter 182,25 M., Holzarbeiter 88,95 M. usw.).

Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat von 22 800 bei ihr überhaupt bis 12. August 1914 eingegangenen, teils von den städtischen Unterstützungs-Kommissionen ihr überwiesenen, teils von den Organisierten ihr eingereichten Gesuchen 18 477 genehmigt.

Zwei Neubaufälle werden wieder aus dem Tiergarten gemeldet. In einem Falle wurde ein Mann aufgefunden, der an Händen und Weinen gescheltet war und ein fingerstarkes Stück Holz im Munde hatte. Der Mann gibt an, überfallen und herabgeworfen zu sein. Seinen Angaben steht die Polizei skeptisch gegenüber. — Am Krümmen Weg, nicht allzuweit von der Stelle des ersten Ueberfalles entfernt, saßen gestern früh Leute ein Mädchen, das stark mit Blut besudelt war, neben einer Bank liegen. Man holte einen Schup-

mann und bemühte sich um die anscheinend Hiltlose. Das Mädchen erlosb sich nun selbst mühsam und erzählte, daß es von einem jungen Burken überfallen und herabgeworfen worden sei. Nach der Darstellung des Mädchens, des 20 Jahre alten Kinderfräuleins Meta Knauerhase aus der Varborossastraße 51, befand sie sich in der zehnten Abendstunde auf dem Heimwege. Auf einem Seitentwege ging ein Mann in gleicher Höhe mit ihr. Wöllig sprang er an sie heran und verlegte ihr einen Schlag ins Gesicht. Als sie sich zu Wehr setzte und mit dem Uebelthäter kämpfte und rang, erhielt sie einen zweiten wuchtigen Schlag ins Gesicht, so daß sie aus der Kasse stürzte. Der Angreifer entzog ihr die Handtasche. Es gelang ihr aber, sie wieder an sich zu reißen. Jetzt riß der Burke die Tasche auf und holte das Portemonnaie mit 2 M. heraus. Außerdem entzog er der Ueberfallenen den Besorhut, der 26 M. wert ist. Auf die Hilferufe der Ueberfallenen hörte diese, daß sich Schritte näherten. Sie hörte auch, daß diese dem fliehenden Mörder folgten. Dann brach sie neben der Bank bestunungslos zusammen und lag dort, bis sie gestern morgen aufgefunden wurde.

Eine schwere Krankheit hat den Metallarbeiter Waldemar Hausig in Reutlin veranlaßt, Hand an sich zu legen und nicht arbeitsfähig und Nahrungsjorgen, was die Angehörigen des Verstorbenen um zu berücksichtigen bitten.

**Verkehrsnachrichten.** Auf der Linie 1 (Stadtring) der Großen Berliner Straßenbahn wird vom 20. August d. J. der Fahrabstand auf 7 1/2 Minuten verdichtet. Infolgedessen erfahren auch die Fahrzeiten der Linien 2, 4, 52 und 114 geringfügige Verschiebungen. Das Nähere ist aus den in den Wagen angebrachten Aushängen zu ersehen.

Die Straßenbahnlinien 6, 7, 11 und 15 werden in den Nächten vom 28. zum 29. und vom 29. zum 30. August wegen Bauarbeiten an der Kreuzung Turm-Rathenower Straße von 1 Uhr nachts ab umgeleitet. An den von der Umleitung betroffenen Haltestellen werden sich entsprechende Hinweise befinden.

Der Volks-Feuerbestattungsverein Groß-Berlin wird vom 1. Januar 1917 seinen Wirkungsbereich über Deutschland ausdehnen. Der Verein besteht vier Jahre und besitzt eine Mitgliederzahl von 2150. Sein Vereinsvermögen beläuft sich auf 20 000 M. Der Verein hat sich zur Aufgabe gemacht, seine Mitglieder im Todesfalle kostenlos zu bestatten und alle Beforgungen zu erledigen, welche die Feuerbestattung vorschreibt.

Nach einjähriger Mitgliedschaft und einem monatlichen Beitrag bei einem Eintrittsalter bis zu 20 Jahren 25 Pf., 20 Jahren 35 Pf., 40 Jahren 45 Pf., 45 Jahren 55 Pf., 50 Jahren 70 Pf., 55 Jahren 85 Pf., 60 Jahren 1,10 M. hat jedes Mitglied Anrecht auf kostenfreie Bestattung durch Feuer.

Wer für den Verein Interesse hat, wolle sich an Fritz Dietrich, Reutlin, Kaiser-Friedrich-Str. 197, wenden.

## Aus den Gemeinden.

### Fleischkäufe nach Nummern in Wilmerdorf.

Vom 28. dieses Monats an wird der Fleischkauf in Wilmerdorf einer neuen Regelung unterworfen, von der erwartet wird, daß sie die Ansammlungen endgültig beseitigt und den Wünschen des Publikums nach glatter Abwicklung des Geschäftsverkehrs entspricht. Die in die neuen Kundenlisten der Fleischer eingetragenen Haushaltungen werden der Reihe nach in 25 gleiche Gruppen a bis z eingeteilt. Diese Gruppen sind bei allen Schlächtereigenschäften auf die Verkaufsstunden von 8—11 und 4—6 Uhr täglich gleichmäßig verteilt. Gruppe a beginnt Montags von 8—9 Uhr, es folgt Gruppe b von 9—10 Uhr und so fort. In den nächsten Wochen erfolgt eine Verschiebung jeder Gruppe auf einen anderen Tag und eine andere Stunde, so daß nach Ablauf der derzeitigen Fleischkaufperiode jede Gruppe einmal in jeder der festgelegten Verkaufsstunden zum Einkauf aufgerufen worden ist. Für diejenigen Haushalten, die am Einkauf zu der für sie festgelegten Stunde verhindert sind, sowie für diejenigen, welche ihren Fleischbedarf an mehreren Tagen der Woche decken wollen, sind die folgenden Stunden von 11—1 und 6—8 Uhr (Sonnabends bis 9 Uhr) freigelassen, aber nur, wenn die festgelegte Verkaufsstunde der betreffenden Gruppe bereits verstrichen ist. Die Schlächtereigenschäfte müssen vom 27. d. M. ab in ihren Schaufenstern Plakate aushängen, die jeden Kunden über seine Einkaufszeit informieren.

### Städtischer Verkauf von Kaninchen in Neudölln.

Freitag, den 25. August, nachmittags von 4—6 Uhr, gelangt in der Zuchtzentrale, Böhmische Str. 4, eine weitere Anzahl von Kaninchen zur Wäsche zum Verkauf. Die Tiere werden nur an Neudöllner Einwohner, die sich durch Vorlegung der Steuerkarte ausweisen können, abgegeben. Mehr als zwei Tiere können an eine Person nicht abgegeben werden.

### Aus der Pankower Gemeindevertretung.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung unter anderem mit der Aufhebung eines Gemeindebeschlusses, betreffend Gewährung von Zuschüssen für die im Restaurant Linder bald nach Kriegsbeginn errichtete Mittelstands-Küche. Nach diesem Beschluß wurde für Mittagsgäste, welche von den Kriegsunterstützungskommissionen nach Prüfung der Bedürftigkeit dieser Küche zugewiesen wurden, die Hälfte des Essenpreises auf Gemeindefosten übernommen. Nachdem nunmehr die Kriegsgläubigen errichtet und damit für ein billiges und gutes Essen gesorgt worden ist, fällt jeder stichtätige Grund für die Sonderbehandlung der hier in Frage kommenden Kreise fort. Demgemäß beantragte auf Anregung der Kriegsunterstützungskommissionen und unter Zustimmung der Finanzkommission der Gemeindevorstand Aufhebung des fraglichen Beschlusses. In der ausgedehnten Debatte wurde mit einer einzigen Ausnahme alleseitig die Aufhebung befürwortet. Von unseren Genossen traten Schmidt und Strauß ebenfalls für Beseitigung dieser nicht mehr zeitgemäßen Vorordnung einer bestimmten Gruppe Kriegsnolleidender ein. Gegen zwei bürgerliche Stimmen wurde in der Abstimmung die Gewährung weiterer Zuschüsse an die Mittelstandsküche verneint. — Bezüglich der Kartoffelversorgung wurde vom Gemeindevorstand die Erklärung abgegeben, daß der in letzter Woche herrschende Mangel in der Zukunft behoben und für ausreichende Anlieferung gesorgt sei. Bei dieser Gelegenheit trat der Dezent der Kriegsgläubigen, Gemeindegewerkschaften, den unsinnigen Ausstellungen entgegen, wonach der Kartoffelmangel durch die Gemeinde künstlich herbeigeführt worden sei, um die nachlassende Frequenz der Kriegsgläubigen zu heben. Es wurde nachgewiesen, daß die Benutzung der Kriegsgläubigen fortgesetzt in raschem Steigen und gerade in der Zeit des Kartoffelüberschusses am lebhaftesten gewesen sei.

### Nur 175 Gramm Fleisch in Pankow.

Infolge des geringen Viehviehtriebes sieht sich der Gemeindevorstand veranlaßt, die Wochenfleischmenge auf 175 Gramm festzusetzen. Jeder Einzelabnehmer der Fleischkarte wird daher mit 55 Gramm bedient.

## Aus aller Welt.

**Bootsunglück im Stettiner Haff.** Beim Vorsetzen des Ankers des Baggers VI auf dem Stettiner Haff wurde ein mit fünf Rattosen bemanteltes Boot durch die Trosse des Baggers unter Wasser gedrückt. Drei Mann ertranken, zwei konnten sich retten.

**Brandmord in der Altmark.** Einem unaufgeklärten Verbrechen ist man in der Volksburg bei Gardelegen in der Altmark auf die Spur gekommen. Dort fand man die seit Ende Juli vermißte ledige Magd Hedwig Wöhler aus Borsfelde als Leiche auf. Am den Hals der Toten war ein Strohsack geknüpft

und im Munde steckte als Knebel ein Tuchlappen. Man nimmt an, daß die Wöhler das Opfer eines Verbrechens geworden ist.

**Beim Rettungswert tödlich verunglückt.** Der Matrose Willi Golin aus Berlin, der sich auf einem nach Küsten fahrenden Dampfer befand, wollte an einer Brücke, als das Schiff gegen einen Pfeiler anzurennen drohte, einen Storkball zwischen Schiff und Pfeiler werfen. Durch die Wucht des Anpralls wurde G. über Bord gerissen und geriet zwischen Pfeiler und Bordleiste. Schwere Verletzt wurde er nach dem Lazarett in Landsberg a. W. gebracht, wo er noch am demselben Tage verstarb.

**Raubmord.** Aus Königsberg in Preußen wird berichtet: Der Gutbesitzer Dolligkeit in Groß-Brittanien (Reg.-Bez. Gumbinnen) wurde in seinem Wohnhause schwer verwundet aufgefunden; er starb bald darauf. Es liegt Raubmord vor.

**Die Explosion in einer englischen Munitionsfabrik.** Im englischen Unterhause wurde von einem Regierungsvertreter erklärt, daß nach der Explosion in der Munitionsfabrik zwanzig Leichen geborgen worden seien. Wenn auch durch die Explosion eine gewaltige Zerstörung angerichtet worden sei, so seien die Verluste doch nicht so schwer, wie man zuerst angenommen habe.

## Jugendveranstaltungen.

**Schöneberg.** Arbeiter-Jugend. Sonntag: Wanderausflug in die Havelberge. Treffpunkt 1/2 7 Uhr Bahnhof Schöneberg. Fahrgehalt 70 Pf.

**Mittwoch:** Spielabend im Lokal von Henkel, Reininger Str. 8. Anfang 8 Uhr.

Außerdem findet jeden Dienstag und Sonnabend ein Spielabend auf dem Platz Hubertusstraße statt. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Schöneberg.** Jugendbildungsverein. Sonnabend/Sonntag, den 26./27.: Nachfahrt nach Jelenhof, Hüttershof, Eidenes Hüttershof, Groß-Berren, Kilmarsch abends 6 und 1/2 10 Uhr Kaiser-Wilhelm-Platz. Fahrgehalt 50 Pf. Mittwoch, den 30.: Niederabend. Anfang 8 Uhr, Hauptstr. 6.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Solidarität“, Mitgliedschaft Berlin und Umgebung.** Sonntag: Vereinstour nach Jelenhof bei Witten, Potsdamer Straße. Per Bahn bis Jelenhof-Mitte. Um rege Beteiligung ersuchen die Funktionäre.

**Allgemeine Familienherbefecke.** Sonntag, den 27. August, Jahn- und Aufmarschtag von 3—6 Uhr im Restaurant Gertrudstr. 12/13 und Pankower Str. 14.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 21. Heft vom 2. Band des 34. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: 1896 bis 1914. Ein geschichtlicher Vergleich. Von Franz Wehring. — Georg Korn. Zu seinem fünfzigjährigen Geburtstag. Von Edmund Richter. — Vom Persönlichen zum Sachlichen. Von Heinrich Schulz. — Die englische Arbeiter deutsche Sozialdemokraten von einem internationalen Konvent ausschließen. Von A. Kautsky. — Literarische Rundschau: Prof. Dr. Theodor Schlemmer, Russische Kämpfe. Von D. Blum. Maurice Hiltnerberg. Die Einführung der Soja, eine Umwälzung der Volksernährung. Von Kipfling. — Notizen: Vom Einfluß des Krieges auf die Volkszahl und Volksbeschäftigung. Von H. Pfehlinger.

## Briefkasten der Redaktion.

Die literarische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, porters, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnemententscheidung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in der Sprechstunde mit.

**Frage 200.** Sie müssen innerhalb 2 Jahren mindestens 20 Karten der niedrigsten Lohnklasse haben. Die Karte muß am nächstgelegenen Termin, das ist zwei Jahre nach ihrer Ausstellung, zum Umtausche beim Vollgehalt vorgelegt werden. Militärzeit wird als gefällige Beitragsleistung angerechnet. — **Frage 201.** Der Verlag der genannten Zeitschrift, die jetzt „Neuzeit“ heißt, ist in Groß-Brittanien, Gedwiltstr. 1. Werden Sie sich darüber. — **A. A. 2.** Das Einkommen hat demselben Charakter. Die Frau dagegen erbt nicht. — **A. S. 9.** Zur Zahlung der Gemeinde-Einkommensteuer ist die Tochter verpflichtet, zur Staatseinkommensteuer dagegen nicht, weil das Einkommen nicht jährlich 300 M. übersteigt.

— **G. 15. 1. Aa. 2.** Es genügt der Betrag der Wohnortverdienststeuer. — **A. Reim. — W. 23.** Zur Zahlung der Kommunalsteuer sind Sie verpflichtet, zur Staatseinkommensteuer dagegen nicht. — **A. N. 19. 1.** Wenn Sie noch krank sind, wird die Krankenkasse Sie als freiwilliges Mitglied nicht aufnehmen. 2. Das richtet sich nach dem Status. 3. Die Jubiläumsgelder sind mit Beginn der 27. Woche gezahlt. 4. Um 16 M. monatlich. — **W. 22.** Der Verwalter ist zur Übergabe der Lebensmittelposten verpflichtet. Wenn er Sie in Ihrer Wohnung nicht erwirft, sind Sie verpflichtet, die Karten von ihm zu holen.

— **A. N. 94. 1. Aa.** Der Antrag ist an die Steuerkasse zu stellen. 2. Die Unterfütterung aus der Fabrik wird Ihnen selber angedreht und deshalb haben Sie einen Anspruch auf höhere Weisunterfütterung nicht. 3. Da Sie nicht mehr im Heeresdienst stehen, hat Ihre Frau keinen Anspruch. 4. Von der Protokollkommission. — **G. 95. 1.** Landkulturmäßig, Krankheiten der Unterleibsorgane. 2. Sie müssen zur Unterfütterung. — **A. D. 2.** Die Frau ist zur Herausgabe der Sachen verpflichtet. Sie müssen die Herausgabe evtl. durch Klage erwirken, die Sie aber nur mit Vollmacht Ihres Sohnes anbringen können. — **G. 52.** Sie sind zur Zahlung der Kirchensteuer für Ihre Frau verpflichtet. — **A. D. 47. Reim. — W. 2. 28.** Sie brauchen nicht zur Stellung. — **A. 46.** Wenn die Operation nicht lebensgefährlich und nicht erheblich ist und Ihnen der Verlust davon gegeben wird, so können Sie dieselbe nicht verweigern. — **A. 3. 30.** Den Eltern steht ein Anspruch auf Rückzahlung der Schulden zu, wenn sie in Ihrem Falle mit Bestimmtheit anzunehmen ist, jedes Jahre eine Dienstzeit für die Söhne nachgewiesen werden kann. Der Antrag ist an die Volkseigenschaft zu stellen unter Vorlegung des Nachweises über die Dienstzeit und der Geburtsurkunden der Söhne. — **G. 20. 1.** Wenn die Mutter nicht mehr lebt, erben neben dem Vater auch die Geschwister. 2. Reim. 3. Reim. — **W. S. Morchel.** Anspruch auf Zulage besteht nicht. Es liegt im Ermessen der Kommandobehörde

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags.** Bessere Erwärmung; im Binnenlande vielfach heiter, im Küstengebiet überwiegend bewölkt mit leichten Regenschauern.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.-Amt Rochplatz 10623, 3578. Bureau: Rungelstraße 90

**Heute Freitag, den 25. August, abends 8 Uhr,**  
im Gewerkschaftshause, Engelsstr. 15:

## General-Versammlung.

Tagesordnung:  
1. Bericht der Verwaltung. 2. Kassendbericht. 3. Bericht der Arbeitsvermittler und des Bibliothekars. 4. Erwahlung der Ortsverwaltung und von Angehörigen. 5. Anträge. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

## Branchen-Versammlung.

### Bodenleger!

**Montag, den 26. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Abendroth, Adalbertstr. 61.**

Tagesordnung:  
Bericht von der Generalversammlung. Branchenangelegenheiten. Auch sämtliche Kollegen, welche in anderen Betrieben arbeiten, werden gebeten, zu erscheinen.

**Kommissionssitzung 8 Uhr.**

**Die Ortsverwaltung.**